

Sozialismus.de Supplement zu Heft 5/ 2021

VSA:

Paul Schäfer

Progressive Außenpolitik

**Abrüstung | nachhaltige Entwicklung |
Menschenrechte**

Paul Schäfer ist Soziologe, Mitglied der Redaktion »Wissenschaft und Frieden« und des Sozialistischen Forums Rheinland, lebt in Köln. Zuletzt schrieb er in Heft 1-2021 von Sozialismus.de: »Wie politikfähig ist DIE LINKE?«. Im Mai 2019 erschien von ihm als Supplement von Heft 5-2019 »Israel: Reise in ein zerrissenes Land. Warum Frieden in Palästina auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist«.

Inhalt

Teil 1: Die neue Weltordnung

Großmächtekonkurrenz und globale Hegemonie	3
Pandemie und globale Folgen	13
Jahrhundertthema »ökologische Transformation«	14
Politische Kräftekonstellationen im Fluss	15
Angriff auf die liberale Zivilisation	17
Strategische Schlussfolgerungen	18

Teil 2: Neujustierung progressiver Außenpolitik

Ein neues Kapitel im Verhältnis zu Russland aufschlagen	23
Die transatlantische Partnerschaft neu begründen	24
Statt neuer Feindbilder – China entdämonisieren	25
Die NATO reformieren:	
Forum politischer Konsultation und Stabilisierungsinstrument	27
Für eine eigenständige Europäische Union	28
Europäische Militärunion – wozu?	31
Aktive Abrüstungspolitik –	
Auslandseinsätze der Bundeswehr überprüfen und möglichst beenden	32
Frischen Wind in die Vereinten Nationen bringen	34
Die UN zur ersten Adresse für Frieden und internationale Sicherheit machen	35
Nachbemerkung: Rot-rot-grüne Gemeinsamkeiten	37
Literatur	38

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 5/2021; ISSN 0721-1171

© Sozialistische Studiengruppe (SOST) e.V.

Einzel Exemplare über den Buchhandel oder direkt bei:

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Druck und Buchbindarbeiten: ac europrint, Hamburg

ISBN 978-3-96488-114-4

Paul Schäfer

Progressive Außenpolitik

Abrüstung | nachhaltige Entwicklung | Menschenrechte

Dass wir es in der internationalen Politik heute mit rapidem Wandel und großen Umbrüchen zu tun haben, ist unschwer zu erkennen. Die Veränderungen ereignen sich in einem historisch gesehen atemberaubenden Tempo. Um nur einige Stichworte zu nennen: Der relative Abstieg der Führungsmacht USA, der Aufstieg Chinas, der entstehende Wettlauf um die Hegemonie in der Weltpolitik, die EU in einer ständigen Zerreißprobe (Brexit), Fragmentierungstendenzen in der NATO (Türkei), die Aufkündigung fast sämtlicher Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen, der Aufstieg einer extremen Rechten bis in die Führungsetagen von Großmächten, die verheerenden Wirkungen der Corona-Pandemie besonders auf die Entwicklungsländer, der Stillstand bei der Welthandelsorganisation WTO und last but not least die weiter drohende Klimakatastrophe.

Die rasanten Veränderungen werden in der Öffentlichkeit nicht zuletzt als »Kontrollverlust« wahrgenommen. In der Tat ist die Politik gefordert, nach neuen Antworten und Problemlösungen zu suchen. Das gilt besonders für die Linke, die eher den Eindruck vermittelt, hinter den Ereignissen herzuweichen. »Aus der Zeit gefallen« überschrieb das *Neue Deutschland* am 28. Januar 2021 einen Beitrag, der die Denkblockaden in der Partei DIE LINKE kritisierte, und brachte damit die Sache auf den Punkt. Auch in der Sozialdemokratie scheint sich die Debatte der sicherheitspolitischen Community eher in gewohnten Bahnen zu bewegen. Als der Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich eine Diskussion über die nukleare Teilhabe Deutschlands anstieß, erinnerten nicht wenige der Repliken an althergebrachte Argumentationsmuster der bipolaren Nachkriegswelt. Die GRÜNEN erweisen sich als flexibel. Aber in welche Richtung bewegen sie sich, wenn aus ihren Reihen umstandslos die EU-Militärunion gefordert und gar die »Strahlkraft der NATO« beschworen wird? Andererseits macht ihr beschlossenes Programm mit klaren Bekenntnissen zum Völkerrecht und zur Abrüstung eher Hoffnung. Ein offener Diskussionsprozess innerhalb dieses Spektrums ist überfällig, wenn die gesellschaftliche Linke mit dem gravierenden Wandel in der internationalen Politik Schritt halten will. Nur so werden sich auch neue Bündnisperspektiven erschließen lassen.

Dabei gäbe es für eine progressive Neuorientierung durchaus Chancen: Dass neue Initiativen für eine Entspannung zwischen NATO und Russland, für eine Wiederbelebung von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen nötig sind, ist links der Mitte wenig strittig. Das Thema, das lange Zeit das linke Lager schroff gespalten hat – Auslandseinsätze der Bundeswehr –, stellt sich heute weniger dramatisch dar. Der Einmarsch in Afghanistan war keine Erfolgsgeschichte, der Einsatz der NATO dort neigt sich dem Ende zu. Der Irak-Krieg war ein Debakel, die Libyen-Intervention ebenso, mit deren Folgen eine Allianz in Mali ohne Aussicht auf durchschlagenden Erfolg zu tun hat. Die naive Vorstellung, dass man in kurzer Zeit durch Truppen demokratische Nationen aufbauen könne, ist passé. Die SPD hat daher, wie die GRÜNEN ebenfalls, schon seit Langem eine Evaluation der Bundeswehrein-sätze gefordert. Ernüchternde Erkenntnisse liegen schon seit Längerem vor. Praktische Konsequenzen hatte diese Neubewertung bis dato kaum. Das sollte sich ändern. Derweil bleibt DIE LINKE nach wie vor auf die pauschale Ablehnung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr fixiert. Auch das hält einer differenzierten Bewertung nicht stand.

TEIL 1

DIE NEUE WELTORDNUNG

Will man etwas über konkrete Außen- und Sicherheitspolitik einer künftigen Bundesregierung schreiben, ist es nützlich, sich einiger Entwicklungstendenzen und veränderter Konfliktkonstellationen in der Welt von heute zu vergewissern.

Großmächtekonkurrenz und globale Hegemonie

USA vs. China

Die nach 1990 im Establishment der USA aufkommende Hoffnung auf eine unipolare Welt hat sich erledigt. Die USA sind und bleiben die mit Abstand stärkste Militärmacht der Erde, aber ihre Gestaltungsmöglichkeiten sind, wie die desaströsen Militärinterventionen in Afghanistan und Nahost und der kontraproduktive »War On Terror« gezeigt haben, an harte Grenzen gestoßen. Die moralische Ausstrahlungskraft des US-Empire wurde nicht zuletzt durch die Trump-Präsidentschaft dramatisch gemindert. Aber auch die nach der welthistorischen Zäsur verbreitete Idee, dass sich eine harmonische, stabile, an den Maximen der liberalen Zivilisation orientierte Weltordnung herausbilden würde, hat getrogen. Während wir auf der einen Seite den relativen Niedergang der dominanten Macht USA erleben, ist dem US-geführten Lager ein Widerpart in Gestalt der neuen Weltmacht China erwachsen, die die alte Führerschaft auch mit eigenen Ordnungsvorstellungen herausfordert. Der Wettstreit zwischen den USA und China um die globale Führungsrolle wird mit großer Wahrscheinlichkeit ein Bestimmungsfaktor in der Welt der nächsten Dekaden sein.

China ist im 21. Jahrhundert eine führende Weltmacht. Ihre Wirtschaftskraft ist enorm, das Land ist auch bei den Ressourcen, die für die High-Tech-Wirtschaft der Zukunft benötigt werden, in der Vorhand und mit der Initiative »Neue Seidenstraße« dabei, eine großflächige Infrastruktur aufzubauen, die die Warenströme zwischen Asien, Afrika und Europa kanalisieren und beschleunigen wird. Mit dem gerade verabschiedeten Handelspakt (RCEP), der alle ostasiatischen Staaten zusammenbringt, ist die geowirtschaftliche und -politische Stellung Pekings weiter gefestigt worden (ökologische, gesundheitliche und soziale Kriterien spielen in diesem Vertrag keine Rolle). Anknüpfend an eine jahrhundertealte Denkweise soll sich das Zentrum der Welt wieder im »Reich der Mitte« befinden (zur Entwicklung Chinas insgesamt siehe auch Müller 2021).

Der Kampf um Hegemonie in der kommenden Weltordnung hat also begonnen. Er wird schon heute als »Wettlauf um Afrika« (Khanna 2019) ausgetragen. China hat hier die Nase vorn, in seinem Schlepptau sind weitere asiatische Staaten (nicht zuletzt Indien) sehr präsent. Ein dichtes afro-asiatisches Netz an Handelsbeziehungen und gemeinsamen Institutionen ist entstanden. Der von westlicher Seite gerne erhobene Vorwurf eines chinesischen Neokolonialismus geht jedoch an der Sache vorbei. Die chinesische Politik unterscheidet sich erheblich von kolonialen Mustern: Mit den großen, grenzüberschreitenden Infrastrukturinvestitionen vernetzt China afrikanische Staaten, die vom Kolonialismus willkürlich zerteilt wurden. Die von China und anderen asiatischen Staaten entfachte Konkurrenz, die die USA und Europa herausfordert, eröffnet den afrikanischen Ländern neue Möglichkeiten, sich in den Weltmarkt zu integrieren, die über die Rolle als Rohstofflieferanten hinausgehen.

Anders ausgedrückt: Die Länder des globalen Südens sind weniger erpressbar durch imperiale Politiken geworden, weil sie Alternativen haben. Die Austeritätspolitik (Strukturanpassungsprogramme), die der Internationale Währungsfonds den Ländern der Dritten Welt, die ihre Schulden nicht mehr begleichen konnten, in den 1990er Jahren auferlegte, wäre heute nicht mehr möglich. Dabei darf das beträchtliche Wirtschaftswachstum in Afrika in den letzten 15 Jahren nicht darüber hinwegtäuschen, dass zugleich die Kluft zwischen den herrschenden Eliten und der nach wie vor darbedenden Mehrheitsbevölkerung dramatisch größer geworden ist (siehe hierzu auch Gütter 2020). Die Pandemie hat dies noch einmal verstärkt.

Es ist aber nicht alles Gold, was glänzt: Auch die Schulden gegenüber China werden wahrscheinlich irgendwann zurückgezahlt werden müssen. Die unkonditionierten Finanzmittel kommen nicht zuletzt kleptokratischen Eliten zugute, die sich in zahlreichen Ländern des Staatsapparats bemächtigt haben, um eigene Interessen zu bedienen. Insofern sie sich dabei auf bestimmte Clans, Familien, Ethnien stützen, was oft der Fall ist, kann die gesellschaftliche Spaltung und damit die Gefahr gewaltträchtigen Konfliktausbruchs durch die pauschalen Zuwendungen anwachsen (Cooley/Nexon 2020).

Und ganz ohne Einflussnahme in innere Angelegenheiten geht es auch bei der chinesischen Hilfe nicht ab. China mischt sich inzwischen massiv ein, um Kritik an der eigenen Regierungspolitik zu unterbinden. Auch für China dürfte gelten, dass der Hegemonie-Anspruch, der immer auch die Bereitstellung Öffentlicher Güter für die übrige Welt beinhaltet (in diesem Fall der Ankurbelung des Welthandels; Messner 2015), sich mit Imperialität verbindet (Rilling 2008). China entsendet Flottenverbände in den Indischen Ozean bis an die Ostküste Afrikas, baut in dieser Großregion Militärstützpunkte

auf und propagiert in den internationalen Medien sein staatskapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Möglicherweise verfolgt China nur begrenzte hegemoniale Ambitionen; seine Militäraktivitäten könnten im Wesentlichen zur Absicherung des Seidenstraßen-Projekts, das ja Land- und Seerouten umfasst, geplant sein. Genau wissen tut es niemand.

Zusammengefasst: Gefahr ist im Verzug, denn der neue Gegner bestärkt gegenwärtig eher die USA – die weiter eine »globale Führerschaft« beanspruchen und jedweden aufkommenden Rivalen in die Schranken weisen wollen – mit harten Bandagen zu kämpfen. Die Konfrontationspolitik gegen China (aber auch gegen Russland) wird daher eine Konstante US-amerikanischer Außenpolitik bleiben.

Und was ist mit der Gefahr US-geführter Militärinterventionen rund um den Globus? Der Regierungswechsel in den USA bietet jedenfalls keine Gewähr, dass in nächster Zeit solche »Wars of Choice« nicht stattfinden werden. Der »abgespeckte Exzeptionalismus«, von dem der neue Außenminister Anthony Blinken spricht, ist aber offenkundig der Tatsache geschuldet, dass man ein paar Lektionen gelernt hat. Es scheint so, dass die neue Regierung in Washington realistischerweise sieht, dass die USA auf anderen Feldern hegemoniale Positionen erst wieder aufbauen müssen. Selbst dies wird angesichts der Trümmerfelder, die der Ex-Präsident hinterlassen hat, schwerfallen.

Dies sollte uns nicht beruhigen. Eine bipolare Konstellation wäre mitnichten eine stabile Grundlage künftiger Weltordnung. Die letzten Jahrzehnte haben unwiderlegbare Belege beigebracht, dass die Welt von heute nicht mehr von einem Land, auch von keiner Supermacht, regiert werden kann. Dies gilt für ein zweipoliges Direktorat gleichermaßen. Ein Ringen der beiden Großmächte um autonome Führungspositionen wäre ein ebenso utopisches wie gefährliches Projekt. Dies gilt in Sonderheit für die USA, in deren DNA die Idee, die »freiheitlich-demokratische« Ordnung in die Welt bringen und durchsetzen wollen, Eingang gefunden hat. Es passt aber einfach nicht mehr in die heutige Zeit, Länder besetzen, verwalten oder auch nur unterwerfen zu wollen. Selbst wenn es qua militärischer Übermacht möglich sein sollte, ist der zu entrichtende Preis entschieden zu hoch. Dies ist ein entscheidender Grund, weshalb die »Regime Change-Politik«, die die USA oder andere westliche Staaten in den letzten drei Jahrzehnten verfolgt haben, unverzüglich beendet werden muss.

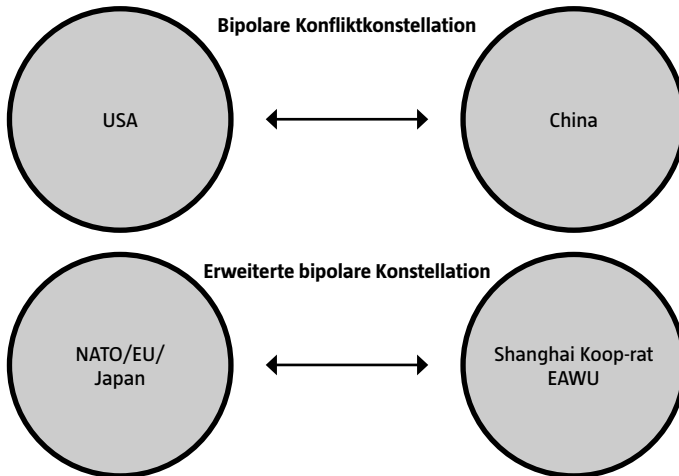
Erweiterte bipolare Architektur: Liberaler kontra autoritärer Weltordnung?

In manchen Betrachtungen wird diese bipolare Konfliktkonstellation auch gerne um den Kranz an Allianzen und institutionellen Beziehungen herum erweitert, mit dem sich die beiden »Supermächte« ihre bestimmende Rolle sichern wollen. (Cooley/Nexon 2020). Es trifft zu, dass die Vereinigten Staaten im mächtigsten Militärbündnis der Welt, der NATO, dominieren, mit Großbritannien, Japan, Australien, Kanada, aber auch der EU-Staatengemeinschaft enge Verbündete haben. China hat seinerseits seine Beziehungen zu Russland intensiviert, spielt in der Shanghai Kooperationsorganisation (SCO) eine führende Rolle und hat inzwischen ein dichtes Netzwerk an bi- und multilateralen Partnerschaftsabkommen und Konsultationsforen aufgebaut. Diese bipolare Struktur wird dann gerne in den Zusammenhang eines globalen Konfliktmusters »Demokratie versus Autokratie« gerückt. Davon wird noch die Rede sein.

Hier sollen zwei Hinweise genügen: Auf der »westlichen« Seite befinden sich zahlreiche Staaten, die dem allgemeinen Demokratie-Anspruch keineswegs genügen. Der erhobene Zeigefinger passt daher nicht zu einer Politik der doppelten Standards. Und es ist verdammt gefährlich, Vorstellungen einer bestimmten Gesellschaftsverfassung zum kategorischen und weltweit rigoros durchzusetzenden Imperativ zu machen. Um eine Anleihe bei Eric Hobsbawm zu machen: Das Credo einer liberalen Werteordnung taugt als Strategie zur Legitimierung von Außenpolitik, aber es ist selbst keine Außenpolitik (Hobsbawm 2000). Es ist eine Diplomatie verlangt, die auf pragmatischem Interessenausgleich, auf Empathie und Fingerspitzengefühl beruht.

Insgesamt erscheint die Bestimmung einer solchen bipolaren Achse der Weltpolitik auch deutlich unterkomplex. Innerhalb dieser »Superstrukturen« sind vielfältige Interessendivergenzen und -konflikte nicht zu übersehen, die auch in unterschiedlichen Positionierungen ihren Ausdruck finden. Die Allianz der Staatengruppe Brasilien, Russland, China, Indien, Südafrika (BRICS) etwa ist fragil, vereint sehr widersprüchliche Akteure, die auch »Crossover-Allianzen« eingehen können (Indien und USA zum Beispiel). Und auch die Europäische Union ist kein monolithischer Block an der Seite der USA. Ende letzten Jahres hat die EU mit China ein Investitionsschutzabkommen geschlossen. Zu Beginn 2021 haben China und 14 andere Staaten des Fernen Ostens den größten Handelspakt der Welt besiegelt. Beide Male blieben die USA außen vor. Eine Ironie der Geschichte, da die USA unter Präsident Clinton das Konzept der gegen China gerichteten Handelsblöcke (TPP, TTIP) entwickelt hatten.

Abb. 1: Konfliktkonstellationen



Die Rolle der Russischen Föderation

Eine Erörterung der heutigen Weltlage und ihrer Entwicklungsdynamiken wird nicht daran vorbeikommen, sich mit der Russischen Föderation zu beschäftigen. Russland ist als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat ein weltpolitischer Faktor und kann sich dabei auf ein strategisches Waffenarsenal stützen, das derzeit runderneuert wird. Es hat großes Gewicht als Land mit beträchtlichen Naturressourcen, ist allerdings mit heftigem Bedeutungsverlust durch die Energiewende konfrontiert.

Moskau hat im letzten Jahrzehnt klargemacht, dass es seinen Einfluss im postsowjetischen Raum nicht preisgeben will. Mit der Schaffung einer Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) soll ein integrierter Wirtschaftsraum entstehen, der ein bescheidenes Gegengewicht zur EU bilden soll. Im Nahen Osten und in Afrika hat sich Russland zurückgemeldet. Putin lädt 2019 zu einem Afrika-Gipfel ein, an dem mehr als 40 Staatschefs teilnehmen. Die Russische Föderation wird dort wieder als wirtschaftlicher Faktor wahrgenommen: Russische Unternehmen sind im Bergbau, bei der Stahl- und Aluminiumproduktion, bei der AKW-Entwicklung tätig; Russland liefert Erdöl, Erdgas und Getreide. Das Handelsvolumen mit afrikanischen Staaten hat sich in kurzer Zeit vervielfacht. Aber zum Vergleich: 2018 betrug das Handelsvolumen zwischen Russland und Afrika etwas über 20 Mrd. Dollar. China erreichte in diesem Jahr einen Wert von 204 Mrd. Dollar! (Dubien 2021)

Militärisch ist die Bilanz eher bescheiden. Mal setzten russisch geführte private Sicherheitsfirmen (Wagner-Gruppe) aufs falsche Pferd (Sudan, Liby-

en). Mal konnten Einflusspositionen gegenüber einer gestärkten Türkei soeben gehalten werden (Berg Karabach). Auch diese Erfahrung ist als klarer Hinweis zu werten, dass die globalen Gestaltungsmöglichkeiten Russlands eher begrenzt bleiben (ebd.). Dies könnte auf die Gefahr hinauslaufen, dass Moskau seine elementare Schwäche im wirtschaftlichen, technologischen, politischen Wettstreit durch militärische Stärke zu kompensieren sucht. Weil man dies nicht ausschließen kann, ist besondere Sensibilität im Umgang mit der Russischen Föderation ratsam. Demütigungen werden nur dazu führen, diese Gefahr zu steigern.

Triade: Nordamerika/Asien/Europa

Einiges spricht dafür, dass wir es künftig mit drei Großräumen – Nordamerika, Asien, Europa – zu tun haben, die jeweils eine beträchtliche regionale Integration aufweisen, die durch regen Handelsaustausch miteinander verbunden sind, und die auch über einen Vorrat an politisch-kulturellen Gemeinsamkeiten verfügen. Der Begriff einer Konkurrenz-Triade, in der sich die Macht kumuliert, die den Rest der Welt dominiert, und die um größtmöglichen globalen Einfluss ringt, scheint plausibel.

Die USA sind die derzeit einzige globale Militärmacht, sie sind im Bereich zukunftssträchtiger Zukunftstechnologien (IT-Technologie) immer noch mit Abstand führend, dank ihres großen Binnenmarktes und hoher Kaufkraft eine beträchtliche »Nachfragemacht« (Simon 2019) und können aus der daraus abzuleitenden Stimmengewichtung in den internationalen Institutionen entscheidend mitreden. Welche Rolle das besondere Verhältnis der USA zu Großbritannien nach dem Brexit spielen wird, erscheint offen. Der britische Premierminister Boris Johnson träumt von neuerlicher globaler Größe des Vereinigten Königreiches. Great Britain hat sich wieder als Seemacht definiert und schickt Flugzeugträger ins Chinesische Meer, muss sich dazu aber Flugzeuge von den USA ausleihen.

China ist in erster Linie durch seine gewaltigen ökonomischen Ressourcen (Absatzmarkt, »Fabrik der Welt«, Währungsreserven, Rohstoffe) ein dominanter Faktor in den weltwirtschaftlichen Beziehungen, zieht in technologischen Schlüsselsektoren nach und ist als weltpolitischer Akteur, der sich auf beständig ausgebaute Militärmacht stützt, zunehmend präsent.

Ein kenntnisreicher Autor wie Parag Khanna spricht jedoch von »unserer asiatischen Zukunft« (Khanna 2019) und weist zu Recht daraufhin, dass es ein großer Fehler wäre, China mit Asien gleichzusetzen. Der mit großem Abstand bevölkerungsreichste Kontinent beherbergt eine ganze Reihe von Staaten, die wirtschaftlich sowie technologisch rapide aufgeholt haben (»emerging states«) und über ein gestiegenes Selbstbewusstsein verfügen. Sie wissen

Tab. 1: Spielfelder der geopolitischen Konkurrenz

Finanz- und Handelspolitik	Normen, Standards, Bevorzugungen, Sanktionen, WTO
Technologiepolitik	Chips, Halbleiter, Digitalisierung, Patente, TRIPS
Regionale Einflusszonen	Fokus: indopazifischer Raum und Afrika
Militärpolitik	Aufrüstung, Stützpunkte, Zugänge zu Häfen, Bündnissysteme
Ordnungssysteme	Privat-, Staatskapitalismus, Demokratie/Autoritäre Herrschaft

um die Notwendigkeit, sich mit dem großen Nachbarn China zu arrangieren, verfolgen aber eine zwischen West und Ost ausbalancierte Außenpolitik.

Die in Asien zu konstatierende intensive Regionalisierung der Wirtschaftsbeziehungen wird gerade unter dem Vorzeichen der Pandemie-Erfahrung auch global an Gewicht zunehmen. Eine selektive und behutsame De-Globalisierung wird ohnehin auf der Tagesordnung stehen.

Viel ist darüber geschrieben worden, dass Indien mittelfristig China als Führungsmacht ablösen könnte. Gegenwärtig erscheinen die Gestaltungspotenziale des Subkontinents noch begrenzt. Das faktisch noch geltende Kastensystem, religiöse Polarisierungen und die extrem patriarchal verfasste Gesellschaft scheinen einem raschen Aufstieg des Landes zu einer globalen Gestaltungsmacht im Wege zu stehen. Die gegenwärtig zu konstatierende rapide Erosion der Demokratie kann auch dazu beitragen, die Attraktivität des Landes zu schmälern. Andererseits sollte man die Potenziale Indiens nicht unterschätzen, die heute schon im wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Bereich global sichtbar werden. Indien ist eine pharmazeutische Großmacht und hat in der Corona-Krise mit einer offensiven Impfdiplomatie sein Ansehen gerade in den Ländern des Südens steigern können.

Wohin geht Europa? Die EU verfügt über beträchtliche Nachfragemacht, spielt technologisch vorne mit, ist vor allem dank ihrer Beiträge in allen Bereichen des Globalen Regierens (UNO, internationale Finanzwelt, Umwelt- und Entwicklungspolitik) sehr einflussreich. Ihre »moralische« Anziehungskraft als Beispiel gelungener Integration und als Raum nicht unbeträchtlicher Wohlfahrts- und Freiheitsgewinne sollte nicht unterschätzt werden. Ob sie künftig ein gewichtiger weltpolitischer Akteur werden kann, hängt nicht zuletzt davon ab, ob sie angesichts der inneren Fliehkräfte dennoch ihre Kohärenz stärken kann. Dies wiederum wird eng damit zusammenhängen, ob es ihr gelingt, eine echte wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Integration auf den Weg zu bringen.

Die Frage wird auch sein, ob sie tatsächlich eine solche Rolle übernehmen will und ob es dafür in den Mitgliedsstaaten stabile Mehrheiten geben wird. Allerdings schließt dies auch einen Konsens darüber ein, auf welche Weise die EU einen Spitzenplatz einnehmen will. Sollen die Machtattribute der anderen

kopiert werden oder setzt man auf eine eigenständige Rolle, die die spezifischen Eigenschaften Europas in die Waagschale werfen will? Etwas plakativ formuliert: Will die EU als globale Militärmacht oder als Friedensmacht reüssieren? Will die EU ein relativ eigenständiger Machtblock neben den USA und China werden oder sieht sie sich als Gestaltungsfaktor, der den Multilateralismus und die globale Kooperation an die erste Stelle rückt? Will die Europäische Union rigoros für die kurzfristigen Interessen ihrer traditionellen Wirtschaftsunternehmen streiten, oder will sie zum Vorreiter für nachhaltige Entwicklung werden?

Geopolitische Konkurrenz und Kooperationszwänge?

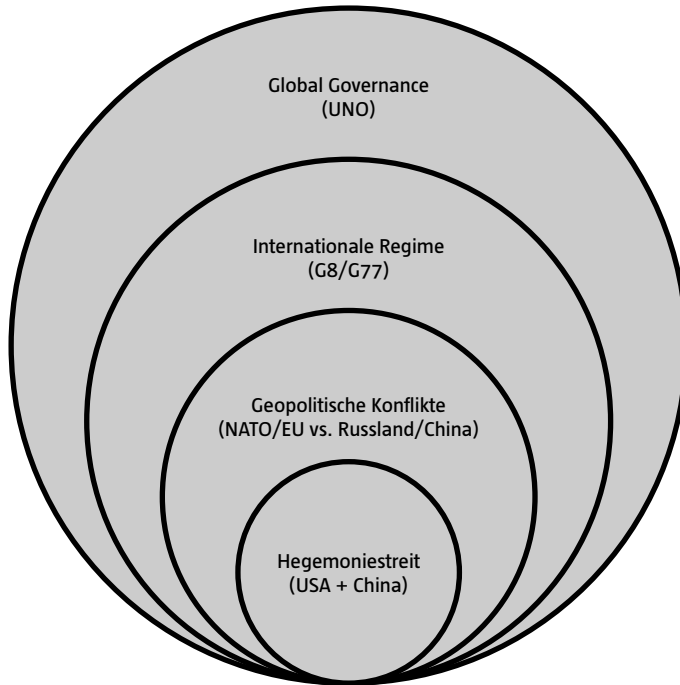
All dies führt zu dem Schluss, dass die Vorstellung einer bipolaren Konstellation die komplexen Verhältnisse der heutigen Welt nicht ausreichend abbildet. Richtig ist, dass die geopolitische Konkurrenz der Großmächte ein strukturbildendes Merkmal der internationalen Ordnung in absehbarer Zeit sein wird. Unterhalb dieser Ebene spielen neue (alte) regionale Mächte eine immer größere und eigensinnige Rolle, die sich die fluide Weltlage zunutze machen, um ihren regionalen Einfluss zu stärken. Eine besondere Verdichtung erleben wir dabei im Nahen und Mittleren Osten: Staaten wie die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate, Saudi-Arabien, Ägypten, Israel und Iran konkurrieren heftig darum, entscheidenden Einfluss in der Region zu bekommen.

Es ist folgerichtig, von einer multipolaren Ordnung zu sprechen, die gegenwärtig einer »fragmentierte(n) Landschaft von Formaten, Institutionen und Programmen« (Varwick 2020) gleicht – was Prognosen über künftige Entwicklungstrends sehr schwer macht.

Eine solche Konstellation bedeutet auch, dass Gefahren und Risiken vielfältiger werden und auch nur schwer lösbare Konflikte und Konfrontationsszenarien in der Luft liegen. Historisch war die Ablösung einer Hegemonialordnung durch eine andere Ordnung meist mit Spannungen, oft auch mit bewaffneten Zusammenstößen verbunden. Dies muss nicht für die Gegenwart gelten. Allerdings erleben wir, dass die Aufstellung von Drohpotenzialen längst begonnen hat und weitere Spannungen, die vor allem das Verhältnis zwischen NATO und Russischer Föderation, aber zunehmend auch den Wettstreit mit China bestimmen, vorprogrammiert sind.

Weil die in den letzten Dekaden mühsam ausgehandelten Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge zuletzt nahezu komplett ausgehebelt wurden, macht dies die Lage nicht gemüthlicher. Auch wenn der Große Krieg wegen der anzunehmenden Selbsterstörung nicht akut zu sein scheint, gefährdet das Ringen um Hegemonie und die Mächtekonkurrenz die global überlebens-

Abb. 2: Die Dimensionen der multipolaren Welt



notwendige Kooperation auf den andern Politikfeldern, blockiert die Suche nach friedlichen Auswegen aus verschiedenen lokalen Kriegen (Syrien!) und führt zu einer eklatanten Fehlallokation öffentlicher Ausgaben.

Dennoch wäre es meines Erachtens grundfalsch, bei einer solchen, eher defätistischen Weltsicht stehen zu bleiben. Globale Überlebenserfordernisse drängen immer stärker in den Vordergrund, auch weil die Menschen die bedrohlichen Dimensionen des Klimawandels, der zunehmend Gewaltkonflikte befördert, wahrnehmen. Die Notwendigkeit, das Ruder herumzureißen, wird immer deutlicher. Die herrschenden Eliten haben sich bisher als unfähig gezeigt, darauf mit adäquaten Konzepten zu antworten, aber reagieren müssen sie. Die Zwänge, global zu kooperieren und sich an neuen Parametern zu orientieren, nehmen immens zu und dies kann – nicht zuletzt durch den Einfluss gesellschaftlicher Bewegungen (Fridays for Future zum Beispiel) – Gegenteilstendenzen begünstigen, die in eine andere Politik münden können.

Schon heute bricht sich der Transformationsdruck in internationalen Abkommen und Absprachen Bahn; die Umsetzung bleibt allerdings Stückwerk.

Es wird künftig noch deutlicher werden, dass internationale Regime (Staaten-Gruppe der G20), besser noch eine Global Governance (die im System der Vereinten Nationen zu verankern ist), gebraucht werden, um die Fragmentierungen und »die Dysfunktionalitäten« (A. Gutierres) der heutigen Weltordnung überwinden zu können. Es geht um Verständigung, Ausgleich, Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung statt militärischer Konfrontationen. Es könnte in diesem Rahmen zu einer Schlüsselfrage werden, ob es gelingt, die EU zu einer global handlungsfähigen »Friedensmacht« weiterzuentwickeln, die in dieser multipolaren Welt ein Stabilitätsfaktor werden könnte.

Die Rolle des Globalen Südens

Doch wo bleiben die Länder des Globalen Südens in dieser neuen multipolaren Weltordnung, die von Staaten der nördlichen Hemisphäre angeführt wird? Die Bewegung der Blockfreien und die Gruppe 77 repräsentieren deutliche Mehrheiten der Weltbevölkerung und verfügen in der UN-Generalversammlung über 2/3 der Sitze. Ihr Anspruch war von Beginn an, zum Sprachrohr der Entwicklungsländer und der sich vom Kolonialismus befreienden jungen Nationalstaaten zu werden. 1974 waren sie mit der Verabschiedung der Erklärung über eine neue Weltwirtschaftsordnung in der UN-Generalversammlung auf dem Höhepunkt ihrer Macht. In der Folgezeit schrumpfte die Verhandlungsmacht der Entwicklungsländer in erheblichem Umfang. Die neoliberale Globalisierung, die den internationalen Finanzmärkten und den transnationalen Unternehmen überragenden Einfluss verschaffte, war daran ebenso ursächlich beteiligt wie die Schuldenkrise der 1980er Jahre, die den Ländern des Globalen Südens schmerzhaft Anpassungsprozesse abverlangte.

Das Ende des Ost-West-Konflikts tat ein Übriges, um die Bedeutung der Blockfreien zu schwächen. Bis heute handelt es sich bei beiden Gruppen um lose Zusammenschlüsse, die nur einen geringen Institutionalierungsgrad aufweisen. Als Pressure-Group im System der Vereinten Nationen haben sie gewissen Einfluss und sie bleiben ein extrem wichtiger Mahner für eine gerechtere und multilaterale Weltordnung. Sie haben dazu beigetragen, dass wichtige Themen wie Schutzrechte für die unterentwickelten Ökonomien (Doha-Erklärung 2005), Entschuldung der ärmeren Staaten, Reform der internationalen Finanzarchitektur, geistige Eigentumsrechte (TRIPS), Ernährungssicherheit, Zugang für öffentliche Bildung und Gesundheit immer wieder die Weltöffentlichkeit beschäftigen und auf die Agenda der transnationalen Institutionen kommen.

Ihren Einheits- und Solidaritätsbekundungen steht allerdings realiter eine große Disparität und Zerrissenheit gegenüber, die ihr Gewicht schmälert. Die Schwäche oder gar Unfähigkeit der postkolonialen Machteliten des Südens,

stabile und demokratische Gemeinwesen aufzubauen, hat viel mit ihrer andauernden Abhängigkeit vom reichen Norden zu tun, aber auch mit der interessegeleiteten Etablierung von Patronage-Staaten, die den Aufbau gerechter und demokratischer Strukturen blockiert. Viel wird davon abhängen, ob es den allenthalben aufbrechenden Bewegungen der jüngeren Bevölkerung und der Frauen gelingt, hier grundlegende Reformprozesse durchzusetzen.

Mit dem Weltsozialforum (WSF) hat sich seit 20 Jahren eine Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos gebildet, in dem Menschen aus Ost und West, Nord und Süd, ihre Forderung »Eine andere Welt ist möglich« zu konkretisieren versuchen. Seitdem bietet das WSF einen politischen Raum, in dem sich globalisierungskritische Bewegungen und Organisationen austauschen können. Es hat sich allerdings als außerordentlich schwierig bis unmöglich erwiesen, eine den gesamten Globus umspannende Aktionsplattform zu entwickeln, jedoch gelingt es immer wieder, bestimmte Themen in den globalen Medien zu platzieren und Anstöße für lokales Handeln zu geben. Die Finanztransaktionssteuer (Tobin Tax), Landgrabbing, oder zuletzt Öffentliche Bildung als Menschenrecht, seien genannt.

Dieser nüchterne Blick auf die Rolle des Globalen Südens steht in scharfem Kontrast zu den Vorstellungen und Utopien der 1960er und 1970er Jahre, in denen dem »Trikont« eine entscheidende Rolle im weltverändernden Prozess bei der Überwindung des Kolonialismus zugebracht wurde. Dennoch wäre nichts falscher, als die Kräfte der Veränderung in der »Dritten Welt« abzuschreiben. Wahrscheinlich war der »arabische Frühling« vor zehn Jahren nur ein Vorgeschmack darauf, mit welcher disruptiven Prozessen wir in der Zukunft zu tun haben werden. Der Wunsch nach grundlegenden Veränderungen auf Basis der Nachhaltigkeitsziele wird drängender werden, und gerade europäische Politik sollte das frühzeitig und präventiv in Rechnung stellen.

Pandemie und globale Folgen

Die Corona-Pandemie hat wie in einem Brennglas problematische Weltentwicklungen deutlich werden lassen. Ihr gingen Jahrzehnte neoliberaler Globalisierung voraus, in denen die soziale Polarisierung ebenso voranschritt wie die Schwächung der Gestaltungskraft der Staaten. Die sträfliche Vernachlässigung aller Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Infrastruktur) gehört dazu. Dies gilt besonders für die Länder »des Südens«, die noch zusätzlich unter der ungerechten globalen Ressourcenverteilung leiden müssen, die sich jetzt auch auf die Verteilung des Impfstoffs erstreckt. Es ist absehbar, dass die Pandemie zur weiteren Schwächung instabiler Regionen

und Staaten und zu neuen Armutskrisen führen wird. Das bedeutet auch, und kann bereits jetzt empirisch beobachtet werden, dass korrupte Eliten in fragilen Regimen die Notlage zur Erlangung despotischer Vollmachten nutzen.

Die Pandemie und die Notwendigkeit, zu ihrer Bekämpfung Wirtschaft und öffentliches Leben herunterzufahren, hat die Staaten vor eine immense Herausforderung gestellt: Exorbitante Summen müssen aufgebracht werden, um die schwerwiegenden Folgen abzufedern und zugleich die Weichen für die Zeit danach zu stellen. War die Anfangsreaktion der Staatenwelt durch die Tendenz zur Re-Nationalisierung der Politik gekennzeichnet, so schiebt sich der Zwang globaler Kooperation doch nach und nach in den Vordergrund. Die Einsicht ist gewachsen, dass erst, wenn alle Menschen geschützt sind, die Pandemie unter Kontrolle gebracht werden kann. Und dass die Vernachlässigung globaler Entwicklung in Gestalt der Migrationsbewegungen zurückschlägt, ist weniger denn je zu leugnen. Aber eine Politik der internationalen Solidarität hat ihren Preis und genau darum wird in nächster Zeit gerungen werden.

Wie eine vernünftige Sicherheitsvorsorge künftig aussehen sollte, wird neu durchbuchstabiert werden müssen. Inwieweit der Rückgriff auf den Begriff einer erweiterten Sicherheit sinnvoll ist, wäre zu diskutieren. Er entstand in der Friedensbewegung der 80er, um der Fixierung auf das Militärische zu entgehen und um darauf zu verweisen, dass auch Umweltkrisen und Risikotechnologien sicherheitsrelevant seien. Er wurde danach von Militärplanern zum Zwecke besserer Legitimation bei Kriseninterventionen gekapert und folgerichtig in der »Friedensszene« eher verworfen. Heute könnte die Wiederbelebung eines weiten und auf globale Kooperation angelegten Sicherheitsbegriffs aber zu einer Diskursverschiebung beitragen. Denn nach dieser Logik erscheint eine Umverteilung der öffentlichen Ausgaben von Rüstungsausgaben in die zivile Konfliktbearbeitung (Brzoska u.a. 2021) und die nachhaltige Entwicklung obligatorisch.

Jahrhundertthema »ökologische Transformation«

Von der Pandemie zeitweilig überlagert, stellt sich weiter unerbittlich das globale Erfordernis, die drohende Klimakrise abzuwenden. Die Durchsetzung der Klimaziele des Pariser Abkommens ist die Voraussetzung dafür, kommende Katastrophen zu verhindern. Enorme Investitionen in erneuerbare Energien (Dekarbonisierung) und in die soziale Infrastruktur – auch um die gesellschaftliche Zustimmung zu diesem Projekt zu sichern – sind un-aufschiebbar geworden. Der ökologische Umbau umfasst alle Bereiche des

gesellschaftlichen Lebens – Industrie, Handel, Energie, Mobilität, Bauen & Wohnen –, und er kann nur gelingen, wenn die öffentliche Hand in großem Umfang in die Zukunft investiert und regulierend eingreift.

Der Soziologe Klaus Dörre spricht von einer »ökologisch-ökonomischen Zangenkrise« (Dörre 2020), der die Staatenwelt ausgesetzt ist. Er versteht darunter, dass der übliche Ausweg aus den Krisen über ein neu zu initiierendes expansives Wachstum versperrt ist, weil er zugleich zerstörerisch wirken würde. Damit werden bisherige Handlungs doktrinen und Ordnungsvorstellungen radikal infrage gestellt. »Gesundsparen« ist keine Option mehr, neue Weichenstellungen sind geboten, um die überfällige Transformation konsequent anzupacken.

Um die Lage exakt zu fassen: Wir sind an einer Weggabelung angekommen, an der entschieden werden muss, ob die Weichen konsequent in Richtung ökologische Transformation und Zukunftsinvestitionen gestellt werden, oder man sich mit dem Versuch des »weiter Durchwurstelns« begnügen will. »Muddling through« geht aber nicht, weil dadurch zu viel Zeit verloren wird, und die Folgekosten (Umweltzerstörungen, soziale Verwerfungen und Fluchtbewegungen) letztlich nur in die Höhe getrieben werden. Die Große Transformation, mit der die Erderwärmung begrenzt und eine nachhaltige Entwicklung durch den bevorzugten Gebrauch gemeinschaftlicher Güter und Infrastrukturen eingeleitet würde, ist nicht länger zu umgehen.

Politische Kräftekonstellationen im Fluss

Die heute schon erkennbaren Transformationskonflikte bilden die Grundlage für harte Auseinandersetzungen zwischen divergierenden Interessengruppen, die sich durch ihre Stellung in der Gesellschaft unterscheiden. Diese Widersprüche finden sich auch in der Bildung neuer politischer Lager und zunehmend fragiler Parteienlandschaften. Der abgewählte US-Präsident Donald Trump etwa vermochte eine Allianz zu schmieden zwischen Superreichen verschiedener Kapitalfraktionen, den von Abstieg bedrohten unteren Mittelschichten in den Vorstädten und abgehängten Teilen der Landbevölkerung. Seine Antwort war paradigmatisch für eine extreme Rechte, die den Transformationskonflikten mit der Rückkehr zur guten alten Zeit und repressiver Machtausübung (»law and order«) begegnen will. Nationalistische Abschottung und die Beschwörung »fremder« Sündenböcke für Veränderungen, die als Kontrollverlust des Politischen wahrgenommen werden, gehören ebenso dazu.

Dieses Grundmuster lässt sich inzwischen in vielen Ländern finden (Brasilien, Philippinen, Indien, Türkei etc.). Die Dynamik ist durch die Abwahl

Trumps zwar etwas gebrochen worden, erledigt ist das Thema aber nicht. Hinzu kommen autoritäre/halbautoritäre Regierungen, die versuchen, einen etwas modifizierten Weg zu beschreiten: Elemente demokratischer Herrschaft werden beibehalten, die transnationale Integration (EU) nicht pauschal aufgekündigt und der ökologische Umbau wird unter Beibehaltung fossiler Industriepolitiken quasi mit angezogener Handbremse verfolgt. Aber auch diese Regime betreiben eine aggressive Propaganda gegen liberale und demokratische Grundwerte, die durch die Unterdrückung jeglicher Opposition untermauert wird.

Auf der anderen Seite hat sich, verkörpert durch das Davoser Weltwirtschaftsforum, ein Elitenspektrum versammelt, das von mitte-rechts bis mitte-links reicht. Dessen Grundlage bildet das entschiedene Bekenntnis zum Multilateralismus und zur ökologischen Erneuerung des Kapitalismus. Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese lose Allianz trotz anderweitiger Beteuerungen einen blinden Fleck hat: Parlamentarische Demokratie und strikte Beachtung der Menschenrechte werden eher klein geschrieben oder gar gänzlich vernachlässigt. An einem Beispiel kann gezeigt werden, dass der Ansatz des Weltwirtschaftsforums nicht tragen wird. Die entwicklungspolitisch beschlagenen Autoren Henrik Maihack und Thomas Mättig (Maihack/Mättig 2021) haben sich eingehend mit den Smart-City-Konzepten in Afrika beschäftigt. Die Bewältigung einer rasanten Urbanisierung wird in diesem Jahrzehnt eine Schlüsselfrage auf diesem Kontinent sein. Nun sind die Entwicklungskonzepte, die von internationalen Finanzinstitutionen, internationalen Foren (Davos!), staatlichen Akteuren (darunter prominent China) und noch immer neoliberal infizierten nationalen Eliten des Südens verfolgt werden, in mehrerer Hinsicht problematisch. Sie berücksichtigen nicht ausreichend die Pariser Klimaziele, sie negieren mit ihrer Bevorzugung privaten Kapitals die sozialen Probleme beim Umbau einer hochgradig informellen Wirtschaft und sie sind an den Interessen der »Investoren« ausgerichtet, nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Es wird klar, dass es stattdessen um grundlegende soziale, klimapolitische und demokratische Alternativen gehen sollte, die nicht Top Down verordnet, sondern »von unten« durchgesetzt werden müssen. Zugespielt: Ohne Demokratisierung keine sozialökologische Transformation.

Eine Sonderstellung nehmen die beiden Großmächte China und Russland ein, deren hegemoniale Ambitionen auch verlangen, dass sie sich am Erhalt internationaler öffentlicher Güter, das heißt, der Garantierung der internationalen Sicherheit, des reibungslosen Welthandels und des ökologischen Umbaus, beteiligen müssen. In welchem Maß dies geschieht, steht auf einem anderen Blatt. Außerdem verknüpfen sie diesen Anspruch mit einem Modell autoritärer Staatsführung, das nicht als Leitbild einer gedeihlichen Weltent-

wicklung taugen kann. Bei der Russischen Föderation kommt gegenwärtig die internationale Kooperation mit Parteien und Bewegungen der extremen Rechten hinzu, die das Land noch unberechenbarer macht.

Angriff auf die liberale Zivilisation

Mit historischen Analogien sollte man vorsichtig ein, zumal wenn es um die Zeit des faschistischen Vormarsches der 1930er Jahre geht. Auch scheinen sich die Bilder nicht zu gleichen. Oder – blickt man auf den Sturm eines Mobs auf das Capitol in Washington am 6. Januar 2021 im Blick – vielleicht doch? Immerhin ähneln sich Begriffe: Vom New Deal zum Green New Deal. Was ist damit gemeint? Nach der Weltwirtschaftskrise war das Gros der Staatenwelt an einer Wegscheide angekommen: Demokratische Erneuerung, Sozialstaat, aktive staatliche Wirtschaftspolitik oder brutale Herrschaft, die die sozialen Widersprüche gewaltsam niederhalten sollte, so lautete die Alternative. Die USA entschieden sich unter Präsident Roosevelt für die sozialdemokratische Variante (siehe Lehndorff 2020).

Der historische Vergleich ist insofern aufschlussreich, weil gewisse Parallelen evident sind. Der Aufstieg einer extremen Rechten, in deren Fahrwasser sich inzwischen ein illiberaler Konservatismus bewegt, ist besorgniserregend. Wie bereits gesagt: Die Dynamik dieser Entwicklung ist durch die Wahlniederlage Donald Trumps in den USA gebremst, vorbei ist das Thema nicht. Und mit Blick auf Trump, Bolsonaro, Duterte, Salvini, Orbán, Kaczyński, Erdoğan und viele mehr, ist es gewiss zutreffend, von einem Generalangriff auf humane, demokratische Grundwerte zu sprechen. Der britische Sozialhistoriker Eric Hobsbawm hat in seinem Jahrhundertbuch »Zeitalter der Extreme« (Hobsbawm 1995) das Kapitel über die faschistische Ära mit der Überschrift »Der Untergang des Liberalismus« versehen (vor dem Abschnitt »Wider den gemeinsamen Feind«). Er beschreibt darin, wie man damals den Kollaps der Werte und Institutionen der liberalen Zivilisation für nicht möglich gehalten habe. Den damaligen weltweiten Aufstieg der Rechten versteht er als Reaktion auf alle Bewegungen, »die die bestehende Gesellschaftsordnung bedrohten oder für deren Zusammenbruch verantwortlich gemacht werden konnten« (S. 163).

Die Unterschiede springen ins Auge und man wird bei einer solchen Betrachtung die historisch bedingten, politisch-kulturellen Besonderheiten der jeweiligen Länder möglichst genau betrachten müssen. Auch beim Vergleich des Phänomens »Trumpismus« mit den Bewegungen der 1930er Jahre wird man daher größtmögliche Vorsicht walten lassen. Und doch darf die düstere

Warnung des US-amerikanischen Historikers Timothy Snyder nicht in den Wind geschlagen werden, der die Trump-Bewegung als präfaschistisch einstuft (Snyder 2021). Auch der Zivilisationsbruch unter Trump & Co. ist nach Jahrzehnten wohlfahrtsstaatlicher Entwicklung und stabiler parlamentarischer Demokratien – trotz der neoliberal zu verantwortenden Demontage – als ungewöhnlich zu bezeichnen. Und er zeigt, was auch heute doch denkbar ist (Linden 2021). Die Parallelen, die sich aus dem Nexus »Gesellschaftskrise – Polarisierung – Richtungsentscheidung« ergeben, sind meines Erachtens in jedem Falle augenfällig.

Strategische Schlussfolgerungen

Auch wenn im vorigen Abschnitt auf historische Parallelen verwiesen wurde, so ist es dennoch wichtig, die tiefgreifenden Unterschiede zu erkennen. Ein brutaler Kampf um die Weltherrschaft wie in den 1930er Jahren ist eher unwahrscheinlich, weil keine Macht mehr eine solche Rolle beanspruchen kann. Und dass der Versuch eine globale Vormacht mit kriegerischen Mitteln zu etablieren, selbstzerstörerisch wäre, hat sich in den Köpfen festgesetzt.

Es gibt auch keine Wiederholung der bipolaren Systemkonfrontation nach dem Zweiten Weltkrieg: Die heutige differenzierte Staaten- und Gesellschaftswelt unterscheidet sich deutlich von der schroffen Konkurrenz zweier festgefügtter und strikt getrennter Machtblöcke, die zudem von einem antagonistischen Systemwettstreit (Kapitalismus vs. Kommunismus) ausgingen. Noch immer gibt es trotz wechselseitiger Sanktionspolitik und eingeschränktem diplomatischen Austausch vielfältige wirtschaftliche und politische Vernetzungen und Foren der Zusammenarbeit. Und: Der hegemoniale Wettstreit ist nur ein Element der weltpolitischen Konfiguration, wenn auch ein prägendes.

Dennoch werden wir es mit einer spannungsreichen Beziehung zwischen den Ländern zu tun haben, die angeführt von den USA, für sich den Vorzug einer demokratischen Ordnung reklamieren gegen diejenigen Staaten, die sich im Windschatten Chinas mittels autoritärer Staatsführung behaupten wollen. Die ideologische Aufladung des normativen Konflikts macht die Sache besonders gefährlich, weil der moralisch Überlegene auch gerne zu scharfer Munition greift, um die Schurken in die Schranken zu weisen. Daher ist es oberste Pflicht, ein Regelwerk zu finden, das hilft, brachiale Konfrontationen zu vermeiden und den Weg zu der dringend gebotenen globalen Zusammenarbeit für nachhaltige Entwicklung offenhält.

- *Erstens*: Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um einen neuen Modus Vivendi, mit dem die immer noch beträchtlichen Gefahren der

neuen Konfliktkonstellation gebändigt werden können. Der Leitgedanke einer solchen Koexistenz bleibt die Gemeinsame Sicherheit; ein Denken also, das immer auch die Sicherheitsbelange der »anderen Seite« reflektiert und respektiert. Welche Stabilisierungen wären im Rahmen dieses Modus Vivendi zu erreichen?

Alle Gefahren der (militärischen) Eskalation sollten minimiert, am besten ausgeschaltet werden. Dazu gehören vertrauensbildende deeskalierende Maßnahmen an den Konfrontationszonen; rüstungskontrollpolitische Übereinkünfte, die auch Schritte der Abrüstung eröffnen könnten, von New START zur drastischen Reduzierung der Atomwaffenarsenale (minimum deterrence); ein ständiger Informations- und Meinungsaustausch in sicherheitspolitischen Foren wie dem NATO-Russland-Rat. Konkrete Überlegungen hierzu haben hochrangige internationale Arbeitsgruppen (siehe Deep-Cuts-Commission 2020/2021) fortlaufend entwickelt.

Auch um die Risiken von regional ausgetragenen Stellvertreter-Kriegen (Stevenson 2021) auszuschließen, müssen beide Seiten eine Politik entwickeln, die auf Feindbilder, Gewaltandrohungen (»Säbelrasseln«) verzichtet und alle Möglichkeiten diplomatischer Konfliktregelung unter dem Dach der Vereinten Nationen ausschöpft. Eine Politik der Zurückhaltung ist angesagt.

- *Zweitens*: Die Möglichkeiten globaler Kooperation müssen voll ausgeschöpft werden. Dies bezieht sich auf Klima- und Umweltschutzfragen, den Kampf gegen globale Pandemien, gegen grenzüberschreitenden Terrorismus, auf wirtschaftliche Übereinkünfte, die Regulierung der internationalen Finanzmärkte, die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und kulturellen Austausch gleichermaßen. Die Orientierung an den globalen Nachhaltigkeitszielen kann ein wichtiger Hebel zu sein, um – trotz sicherheitspolitischer Reibungen – das Gemeinsame nach vorn zu rücken.
- *Drittens*: Die Europäische Union könnte und sollte ein wichtiger Faktor sein, der zu einer strategischen Stabilität in den internationalen Beziehungen beitragen und militärpolitische Zuspitzungen neutralisieren könnte. Als Stabilitätsfaktor müsste die EU eine aktive Vermittlerrolle (»ehrlicher Makler«) bei den regionalen und lokalen Konflikten im Nachbarkontinent Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten (MENA) einnehmen und die Fähigkeit der Selbstheilung dieser Regionen stärken. Eigenständig und souverän zu sein, bedeutet, dass sich die EU auf ihre genuinen Stärken besinnt und diese konstruktiv in die internationale Gemeinschaft, sprich: vor allem in die Vereinten Nationen einbringt.

Wenn sich die EU in ihrer MENA-Politik stattdessen weiter auf Migrationsabwehr und die Bekämpfung des »Terrorismus« verlegt, wird ihr

weltweites Ansehen eher weiter ramponiert werden. Und dann helfen keine neuen Truppenverbände oder Kommandostrukturen. Es ist sinnlos, wenn sich die EU als weiterer und militärisch starker Player an der Seite der USA im geopolitischen Wettstreit etablieren möchte. Insofern sind die aktuellen Bemühungen um den Aufbau »militärischer Interventionsfähigkeiten«, um Mehrheitsentscheidungen in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und einen EU-Sicherheitsrat kritisch zu sehen.

Die Besonderheit der EU sollte darin liegen, ihren Charakter als Zivilmacht weiter auszuprägen. Der strategische Kompass sollte insbesondere darin bestehen, die eigene Wirtschaftsstärke und alle Formen einer »Soft Power« einzusetzen, um bei der sozialökologischen Transformation und solidarischer Weltentwicklung eine Vorreiterrolle einnehmen zu können. Da gibt es noch eine Menge zu tun. Nicht vergessen: Die wirtschaftliche Stärke ist die Basis ihres weltweiten Einflusses und deren Entfaltung setzt weitreichende Reformen voraus: Die Reform des Fiskalpakts, das ökologische Mainstreaming des Wiederaufbauprogramms, statt Bindung an das Europäische Semester etc. Für deutsche Politik gilt dabei: Nur im Mainstream mitlaufen hilft ebenso wenig, wie als Cassandra-Ruferin am Rande zu stehen.

- *Viertens*: Die mit der Betonung der unterschiedlichen bis konträren Wertevorstellungen einhergehende globale Konkurrenz (Demokratie/Menschenrechte vs. Autoritarismus) kann in Widerspruch zum Konzept der globalen Kooperation (Global Governance) geraten. Die Vorstellung, für Menschenrechte Krieg führen zu wollen, ist die zugespitzte Form dieses Konflikts – und ein Menetekel an der Wand. Wir wissen, dass solcher Belizismus nichts Gutes, eher Gegenteiliges bewirkt, Und doch bleibt dieser Wertekonflikt real und es muss ein Weg gefunden werden, um konfrontative Zuspitzungen einerseits, kulturellrelativistische Kapitulationen andererseits zu vermeiden. Auf die richtige Balance kommt es an.

In Teilen der Partei DIE LINKE wird gern übersehen, dass sorgfältig zwischen den moralischen Aufladungen der beiden Ordnungssysteme und den tatsächlich widersprüchlichen Verhältnissen unterschieden werden muss. Wer Demokratie und Menschenrechte jedoch nur für ein ideologisches Konstrukt hält, das zur Verschleierung von Herrschaftsverhältnissen umfunktioniert wird, kann sich in diesem Konflikt nicht mehr zurechtfinden. Wenn der Bezug auf diese Grundwerte wegfällt oder relativiert wird, verschieben sich die Fixpunkte politischen Denkens, die geopolitischen Koordinatensysteme, erheblich. Die politischen Systeme in China und Russland erscheinen dann in mildem Licht (weil weniger imperialistisch); die Schurken sitzen in Washington, Brüssel oder Berlin.

Die Vorstellung eines »Kampfes der Völker« oder »des Globalen Südens« gegen »den Imperialismus des Westens« mag für eine radikale Linke immer noch identitätsstiftend sein, für die wirklichen Auseinandersetzungen taugt sie nicht. Interessanterweise gleicht diese Denkweise den Dogmen des NATO-Establishments ums Haar – nur unter umgedrehten Vorzeichen. Im Mainstream der Hardcore-NATO-Strategen geht es bei der künftigen weltpolitischen Konfrontation – der Spur Huntingtons folgend – weiter um den Streit zwischen verschiedenen Zivilisationen (»The West versus the Rest«), in dem der Westen das Gute verkörpert, Russland, China und die Anderen die Gegenseite. Nur: So schlicht liegen die Dinge nicht. Und diese Selbstgerechtigkeit ist zurückzuweisen. Aber die Umkehrung dieser Gleichung ergibt ebenso wenig Sinn.

Das Dilemma bleibt: Der Hinweis auf Hobsbawm zuvor sollte verdeutlichen, dass es heute und morgen tatsächlich wieder um den Streit zwischen verschiedenen Zivilisationsmodellen gehen wird. Aber die Voraussetzungen sind grundverschieden. Es geht eben primär nicht um festgefügte, an Staaten oder Staatenbündnissen festzumachende Konfliktlinien. Der Streit findet in den Einzelstaaten, in der NATO wie innerhalb der EU oder der BRICS-Staaten statt. Es geht um innergesellschaftliche Weichenstellungen, die sich in der Staatenwelt widerspiegeln. Zahlreiche gewaltträchtige Konflikte auf den verschiedenen Kontinenten gehen einher mit Massendemonstrationen, Unruhen, Aufständen. Die Tendenz ist zunehmend und auf den Straßen und Plätzen von Santiago de Chile über Dakka, Algier, Minsk bis Rangun, Bangkok und Hongkong zu besichtigen. Diese Konflikte können nur verstanden werden, wenn man sie als Ausdruck des Widerstreits zwischen den Bedürfnissen der Menschen nach sozialer/politischer Teilhabe, nach Gerechtigkeit und deren Verweigerung durch die herrschenden Eliten versteht. Über die Hälfte der Bevölkerungen in Afrika sind unter 25 Jahren und diese Menschen beginnen, sich gegen die alten Eliten und Strukturen aufzulehnen. Sie fordern ihr Recht auf Teilhabe, auf einen gerechten Anteil am Reichtum und auf ein gutes Leben ein. Um es emphatisch auszudrücken: Das ist die neue Internationale des Menschenrechts, die sich gegen die Pandemie des Autoritarismus (Amartya Sen) stellt.

Noam Chomsky hat in seinem gerade erschienenen Buch (Chomsky 2021), auf den engen Zusammenhang zwischen Frieden, Ökologie und Demokratie (gleichberechtigte Teilhabe) hingewiesen. In einem Interview sagt er dazu: »Erosion der Demokratie klingt zunächst nicht so gefährlich wie die Gefahr eines Atomkrieges oder die Umweltkatastrophe. Aber sie ist gefährlich, denn nur eine lebendige Demokratie, in der engagierte Bürger sich beteiligen, diskutieren, Programme aufstellen und Politiker unter Druck setzen,

diese auch umzusetzen, kann mit den ersten beiden Problemen klarkommen.« (In: Frankfurter Rundschau vom 27.1.2021) Diese Bemerkung reflektiert eindrucksvoll die Erfahrungen des linksliberalen Amerikas mit der Präsidentschaft Trumps.

Und daraus kann die These gefolgert werden, dass progressive Politik heute drei Schlüsselprojekte im gleichen Atemzug verfolgen muss: Frieden & Abrüstung – Nachhaltigkeit & Entwicklung – Menschenrechte & Demokratie. Und deshalb kann es sich eine Linke nicht mehr leisten, die Demokratie- und die Menschenrechtsfrage bestenfalls instrumentell, d.h. taktisch zu behandeln. Es geht um die normative Grundlage des gesellschaftsverändernden Engagements; nur so wird auf Dauer neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen sein. Und es geht um internationale Solidarität, die nichts mit erzwungenem Regime Change zu tun hat. Schließlich kann die gesellschaftliche Linke anderen Doppelstandards nur dann ernsthaft vorhalten, wenn sie nicht selbst mit zweierlei Maß misst.

TEIL 2

NEUJUSTIERUNG PROGRESSIVER AUSSENPOLITIK

Von welchen Koordinaten sollte eine Neujustierung progressiver Außenpolitik ausgehen? Welche konkreten Initiativen sollten entwickelt werden?

Ein neues Kapitel im Verhältnis zu Russland aufschlagen

Es gilt weiterhin, dass Europäische Sicherheit nur mit der Russischen Föderation zu haben sein wird. Daher muss die Politik der Konfrontation und des Wettrüstens, die das Verhältnis »des Westens« zu Moskau seit 2014 bestimmt, die schon vorher durch die NATO-Osterweiterung begonnen hat, überwunden werden. Auch kleine Schritte der De-Eskalation sind dabei wichtig. Die nach der Zäsur von 1990 vereinbarten Schritte (Wiener Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen, konventionelle Rüstungskontrolle, KSE-Vertrag) müssen reaktiviert und aktualisiert werden. Vorschläge internationaler Expertenkommissionen (so die Deep-Cuts-Commission 2020/2021) zur Stabilisierung der Lage liegen auf dem Tisch.

Wie im Rahmen der Entspannungspolitik der 1970er-Jahre sollten vorläufig bestehende Grundsatzdifferenzen (Krim-Frage) möglichst ausgeklammert bleiben. Dies erhöht die Chance, trotz Grundsatzstreit alle Optionen des friedlichen Miteinanders und der Kooperation auszuloten. Dies gilt gerade für die Partnerschaft bei der Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens (d.h. auch der gemeinsamen Erschließung regenerativer Energien) und bei der Bekämpfung von Pandemien. Diese Kooperation und der sukzessive Abbau der Sanktionen könnten auch die Vertrauensbasis schaffen, um den Dialog über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, den Russland nach 2005 angeregt hatte, wieder aufzunehmen.

Das wird nicht leicht werden, denn viele Fragen sind offen: Wie soll auf der Basis der KSZE-Schlussakte, die die territoriale Integrität aller Teilnehmerstaaten garantiert hat, mit den Grenzverschiebungen, die es seitdem gegeben hat, (d.h. auch den dadurch entstandenen Quasi-Staaten im postsovjetschen Raum oder Kosovo) umgegangen werden? Wie kann die OSZE umfassend wiederbelebt werden? Dabei nicht vergessen: Welche Mindestgarantien soll es in puncto Menschenrechte im Rahmen dieser OSZE geben? Ein harter, kritischer Dialog mit Putins Russland wird da nicht zu vermeiden sein.

SPD und Grüne sollten sich darauf besinnen, dass auch die Neue Ostpolitik Willy Brandts trotz prinzipieller Differenzen gegen große Widerstände durchgesetzt werden musste und Beharrlichkeit verlangte. DIE LINKE wird

lernen müssen, dass sich pragmatische Partnerschaft und eine auf Prinzipien gründende kritische Auseinandersetzung nicht ausschließen. »Der Feind meines Feindes ist mein Freund« entspringt Kalter Kriegslogik und ist keine Basis linker Politik.

Die transatlantische Partnerschaft neu begründen

Die USA wollen auch nach der Wahl Joe Bidens zum Präsidenten Weltmacht Nr. 1 bleiben und werden weiter bestrebt sein, Herausforderer wie China und Russland in die Schranken zu weisen. Klar scheint zu sein, dass die Biden-Regierung dies auf anderem Weg als Donald Trump erreichen will. Als sicher kann auch gelten, dass Biden/Harris alle Hände voll zu tun haben, um »im Inneren« die Scherben der ignoranten, nationalistischen Politik Donald Trumps zusammenzukehren. Bekämpfung der Corona-Pandemie, wirtschaftlicher Wiederaufbau, ökologisches Umsteuern und Niederringung des tief sitzenden Rassismus werden vorrangige Themen sein. Ob die Biden-Administration hier zu einem großen Wurf ansetzt und sich dabei auf die New-Deal-Politik von Franklin D. Roosevelt bezieht, also selbst vor Steuererhöhungen für Unternehmen und Besserverdienende nicht zurückschreckt, werden wir sehen. Es käme einem Paradigmenwechsel gleich, der im Erfolgsfall globale Konsequenzen haben könnte.

Das wird die USA nicht daran hindern, zugleich Zeichen für eine Stärkung des Multilateralismus zu setzen. Die Rückkehr zu einer vorgeblich wertegeleiteten Außenpolitik wird sich darin ausdrücken, dass sich die USA wieder deutlich mehr einmischen werden. Das löst auch Unbehagen aus und Vieles wird uns nicht gefallen. Gleichwohl sind erste Initiativen durchaus positiv zu bewerten. Präsident Biden geht auf mehr Distanz zu Saudi-Arabien und will den desaströsen Krieg in Jemen beenden. Er fordert die Putschgeneräle in Myanmar zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse auf. Über die Verlängerung und Stärkung des Atomabkommens mit dem Iran soll verhandelt werden.

Die militärische Option bleibt für jeden US-Präsidenten, auch für eine mögliche erste Präsidentin des Landes, auf dem Tisch. Nach dem Irak-Desaster ist indes Ernüchterung eingekehrt. Die Frage, was man damit erreichen kann und was nicht, führt dazu, dass darüber (hoffentlich) nicht mehr mit leichter Hand entschieden wird. Diesen Umdenkprozess sollte man unterstützen. Vor allem aber wird es für Deutschland und Europa um Chancen gehen, die transatlantischen Beziehungen zu rekonstruieren – auf veränderter Grundlage. Diese Partnerschaft ist wichtig, um mit den USA zusammen

den friedlichen Übergang zu einer multilateralen Struktur der künftigen Weltordnung zu managen, aber mehr noch, weil die anstehenden globalen Probleme ohne diese Weltmacht nicht zu lösen sein werden. Eine Reihe von Ansatzpunkten für eine solche Kooperation bieten sich an.

Der Weltgesundheitsorganisation WHO sind die USA wieder beigetreten und sie wollen sich am Förderprogramm COVAX der UNO für die gerechtere Verteilung der Impfstoffe (also auch kostengünstigerer Produkte) beteiligen. Das Gleiche gilt für das Pariser Klimaschutzabkommen, das auch Hilfsmittel für den Klimaschutz für die ärmeren Nationen vorsieht. Die Praxis wird hier entscheidend sein. Um die gewaltigen Doppelbelastungen – Pandemie und Wirtschaftskrise – zu schultern, will der Internationale Währungsfonds (IWF) 500 Millionen Dollar aufbringen und an die Einzelstaaten weiterreichen. Die USA haben dies bisher blockiert. Diese Mittel für die Erholung der Weltwirtschaft müssen dringend freigegeben und erhöht werden. Diskutiert wird über eine internationale CO₂-Besteuerung auf Importe, die Schaffung eines globalen Systems zur Besteuerung der Gewinne multinationaler Unternehmen. Das wären bedeutende Fortschritte.

Ein breit angelegter Dialog über globale Sicherheitspolitik steht auf der Tagesordnung. Der Vorstoß des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich, die Frage der in Europa gelagerten US-Atomwaffen ebenso wie das Konzept der nuklearen Teilhabe offen zu diskutieren (Mützenich 2020 und 2021), ist ohne Wenn und Aber zu unterstützen. Das gilt auch für die Infragestellung des nicht begründbaren 2%-Aufrüstungsziels der NATO. Besser gesagt: Es sollte ebenso wie die Philosophie einer auf nukleare Abschreckung und militärische Stärke gegründeten Sicherheit aufgegeben werden. Grundsätzlich gilt, dass sich die erneuerte Partnerschaft auf die Bewältigung der eigentlichen Probleme der Welt konzentrieren sollte.

Statt neuer Feindbilder – China entdämonisieren

Es ist grundverkehrt, wenn die USA China als neuen Hauptfeind ausmachen. Das gilt auch für die NATO, die in China die zweite große Bedrohung sieht, gegen die man sich wappnen müsse. Eine solche Freund-Feind-Zuordnung mit entsprechender Konfrontationslogik kann die Welt nur noch unsicherer machen und ist törricht. Es wird bedeutsam sein, wie sich die Europäische Union in diesem Wettstreit positioniert. Dort gibt es auch differenziertere Töne. Man müsse China als Partner, als Wettbewerber und als Rivale ansehen, so lautet heute die offizielle Einschätzung der EU-Kommission. An einer solchen Differenzierung ist viel Richtiges. China muss als strategischer Part-

ner angesehen werden, z.B. um die Pariser Klimaziele erreichen zu können, um die gegenwärtige Pandemie unter Kontrolle zu bringen und um an wichtigen Brennpunkten konfliktregulierend, friedensstiftend wirken zu können.

Dies ändert nichts daran, dass es einen Wettbewerb zwischen den Unternehmen, den Ökonomien auf längere Sicht geben wird. Aber auch hier kommt es darauf an, diese Konkurrenz einvernehmlich und fair zu gestalten, d.h. geordnete und gerechtere Handelsbeziehungen zu vereinbaren, die auch den Entwicklungsländern nützen. Wenn es gelänge, die fällige Reform der Welthandelsorganisation einvernehmlich auf den Weg zu bringen, wäre viel gewonnen. Statt schroffer Zurückweisung der BRI-Initiative Pekings (Neue Seidenstraße) sollte darüber verhandelt werden, wie große Infrastrukturprogramme gemeinsam entwickelt oder aufeinander abgestimmt werden könnten. Die Mitarbeit in der Asian Infrastructure Investment Bank ist hier ein gutes Signal. Inwieweit die Kooperation bei der Digitalisierung und der Schutz eigener kritischer Infrastruktur zusammengebracht werden können, ist sorgfältig abzuwägen. Einen umfangreichen Katalog, wie die Beziehungen zu China weiterentwickelt werden können, hat die SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt, der eine Diskussionsgrundlage bilden könnte (SPD-Fraktion im Bundestag 2020).

Was die gesellschafts- und ordnungspolitischen Ziele Chinas betrifft, so bleibt es dabei, dass diese nicht mit den deklarierten (!) Vorstellungen des »demokratischen Westens«, die auch von Linken geteilt werden, in Übereinstimmung zu bringen sind. Diese grundsätzliche Differenz in einem fortlaufenden Dialog zu betonen – ohne herablassende Arroganz und mit nötigem Respekt der andern Seite gegenüber –, bleibt daher eine Notwendigkeit, die nicht durch die Bewunderung für die Leistungen des Landes aufgewogen wird. Es gibt keinerlei Anlass, das chinesische Gesellschaftsmodell als interessante Alternative zum »niedergehenden Westen« anzusehen und darauf gestützt die Regierung in Peking zu hofieren.

Eine progressive Regierung täte gut daran, sich der Dämonisierung Chinas zu widersetzen, insgesamt auf ein partnerschaftliches Verhältnis der EU mit der asiatischen Staatenwelt zu drängen und gleichzeitig stringent die kritische Auseinandersetzung mit autoritärem Nationalismus und illiberalen Gesellschaftskonzepten zu führen.

Die NATO reformieren: Forum politischer Konsultation und Stabilisierungsinstrument

Folgt man den Eindrücken der diesjährigen Münchener Sicherheitskonferenz, so scheint die nordatlantische Welt mit der Wahl Joe Bidens wieder in Ordnung zu sein. Nach Jahren des Zweifels am eigenen Politikmodell scheint jetzt die Krise («Westlessness») überwunden, der Kurs auf ein militärisch noch stärkeres Bündnis, das weltpolitische Dominanz beansprucht, wieder alternativlos (Wulf 2021). Und folgt man den Vorschlägen einer Kommission unter der Federführung von Thomas de Maiziere und A. Wess Mitchell (de Maiziere 2020), so gleicht die neue strategische Vision der Allianz doch sehr der alten Kalte-Kriegslogik. Im Mittelpunkt steht die Abschreckung der potenziellen weltpolitischen Rivalen durch überlegene Streitkräfte, die jetzt durch einen 360-Grad-Ansatz erweitert werden soll.

Mit anderen Worten: Die NATO beansprucht ihre Ordnungsrolle nun für die ganze Welt. Aber die NATO war auch vor Trump kein Friedens- und Abrüstungsbündnis. Und jetzt »more of the same« zu fordern, ist kein Schritt zur Befriedung der Welt. Was auch bezeichnend ist: Die Allianz würde sich damit nahtlos der National Defense Strategy der USA von 2018 unterordnen, die von der Biden-Regierung grundsätzlich weitergeführt wird. Darin wird die Niederhaltung Chinas und Russlands als oberstes US-amerikanisches Interesse definiert. Die nukleare Abschreckung, die Rüstungsmodernisierung und aggressive Militärübungen gehören essenziell dazu (Klare 2021).

Hier hilft kein Drumherumreden: Der NATO-Report, der dem nächsten NATO-Gipfel vorliegen wird und zu einem verbindlichen Dokument weitergeführt werden soll, ist ignorant gegenüber den wirklichen Bedrohungen durch Klimawandel, Pandemien und Unterentwicklung, er ist gefährlich, weil er die alten Szenarien des Rüstungswettlaufs und der militärischen Konfrontation fortschreibt und er ist spalterisch, weil er die NATO durch die De-facto-Einführung von Mehrheitsentscheidungen weiter in einen militärischen Instrumentenkasten umbauen will, der von Allianzen innerhalb des Bündnisses für Interventionen genutzt werden kann. Es wird höchste Zeit, diesen Plänen entschieden zu widersprechen.

- Die Bundesregierung sollte innerhalb der Allianz deutlich machen, dass sie ein neues strategisches Konzept auf dieser Grundlage nicht mittragen wird. Die kritischen Überlegungen einer unabhängigen internationalen Experten-Gruppe, die sich mit den Vorschlägen der de Maiziere-Kommission beschäftigt hat, sollten in diese Debatte einbezogen werden (NATO Watch 2021).
- Um die Risiken der künftigen geopolitischen Konstellation zu minimieren, sollte endlich eine ernsthafte Debatte in der Allianz über die künfti-

ge Nuklearstrategie, die nukleare Teilhabe und über eine signifikante Reduzierung der Atomwaffenarsenale und neue Abrüstungsverhandlungen in Europa geführt werden.

- Ein fünfjähriges Moratorium in allen Bereichen der nuklearen Rüstung, wie vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Mützenich vorgeschlagen, wäre sicherlich eine geeignete Form, um umfassende Verhandlungen über den Abbau strategischer und substrategischer Atomwaffen, über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme in Gang setzen zu können. Doch dafür müssen erst Partner innerhalb der NATO und der EU gefunden werden.
- Die künftige Bundesregierung sollte dem Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beitreten und innerhalb der NATO eine »Gruppe von Freunden des AVV« initiieren.
- Das willkürliche 2%-Aufrüstungsziel der NATO gehört ebenfalls auf die Agenda. Damit würde die mehrfache militärische Überlegenheit dieses Militärbündnisses gegenüber dem »Rest der Welt« noch einmal verstärkt. Diese »Überrüstung« wird an vielen Orten zu Recht als bedrohlich empfunden und sie provoziert neue Rüstungswettläufe. Eine solche Vergeudung von Ressourcen ist unter den Bedingungen der globalen Probleme und Krisen schlicht nicht mehr zu verantworten. Stattdessen sind Mittel aus den überdimensionierten Wehretats für die Bewältigung von Klimawandel, Gesundheitsversorgung und solidarische Welt-Entwicklung umzuschichten.
- Wenn sich die Allianz als Verteidigungsinstrument und Stabilitätsanker versteht, so sind bestehende Dialog- und Konsultationsforen mit Russland und China zu beleben bzw. neu zu entwickeln.
- Ein wichtiger Ansatz für eine veränderte Rolle der Atlantischen Allianz kann die Debatte über ein substanziell erweitertes Sicherheitsverständnis bilden. Ausgangspunkt sollte das 1994 im Rahmen der UNO entwickelte Konzept der »menschlichen Sicherheit« sein, das die Bedürfnisse der Menschen nach Abwesenheit von Krieg und repressiver Gewalt, nach Ernährungssicherheit, ungehindertem Zugang zu Gesundheitsgütern etc. in den Mittelpunkt rückt.

Für eine eigenständige Europäische Union

Es scheint mittlerweile gesetzt zu sein, dass die EU eine eigenständigere Rolle weltpolitisch spielen sollte. Jochen Steinhilber von der Friedrich-Ebert-Stiftung spricht davon, dass sich Europa dem Zangengriff von USA und China entziehen müsse (Steinhilber 2020). Er empfiehlt statt aufgeregter geopolitischer Debatten eine Rückbesinnung auf die Tugenden der EU, die mit dem nötigen

Selbstbewusstsein und angebrachter Zurückhaltung zugleich einzubringen sein. Es ist aus meiner Sicht auch irreführend, wenn in Grundsatzdokumenten der EU eine »strategische Autonomie« angestrebt werden soll. Es ist weder sinnvoll, dass die EU dasselbe wie die anderen Großmächte machen will – zum Beispiel »globale militärische Machtprojektion« –, noch kann ein Sich-Heraussetzen aus den vielfältigen Verflechtungen der Welt von heute eine realistische Perspektive sein. »Souveränität« zu erlangen im Sinne einer eigenständigeren politischen Linie der EU im weltpolitischen Geschehen wäre dagegen schon sinnvoll. Ein besonderes, hoffentlich nicht dauerhaftes exklusives Merkmal der EU könnte darin bestehen, dass sie normative Ideen in den internationalen Beziehungen geltend machen will, an die sie sich selber konsequent hält. Was also sollte die EU in den hier skizzierten globalen Wettstreit einbringen?

- Punkt *Eins* einer veränderten Agenda der EU betrifft die Flüchtlings- Asyl- und Einwanderungspolitik. Die Zustände in den griechischen »Auffanglagern« sind himmelschreiend, Abhilfe ist sofort zu leisten. Die Illegalisierung von Flüchtlingshilfe ist schändlich, militarisierte Flüchtlingsabwehr ist kein Konzept. Künftige Bundesregierungen sollten alles daransetzen, dass sich die Europäische Union wieder für Menschen öffnet, die aus Kriegsgebieten kommen, und dass das Menschenrecht auf Asyl geachtet und neue Möglichkeiten großzügiger Einwanderung eröffnet werden. Das wäre auch ein Beitrag, um den 2018 beschlossenen Migrationspakt der UN zu stärken, an dem sich eine Reihe von Staaten nicht beteiligen.
- *Zweitens*: Wenn die EU weltweit ihre Vorzüge in die Waagschale werfen will, so ist es dringend angeraten, die Politik der double standards bei den Menschenrechten zu beenden. Diese Regel ist anzuwenden auf ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen, auf ihre Handelspolitik, auf die Rüstungsexporte und vieles mehr. Nur eine kohärente Politik auf diesem Feld kann eine Ausstrahlung entfalten, die die relative Schwäche Europas als »Militärallianz« kompensiert.
- Die EU kann *drittens* eine große Rolle dabei spielen, außenwirtschaftliche und handelspolitische Standards weltweit zu etablieren, mit denen den Menschen und der Umwelt geholfen wird. Ein entscheidender Schritt nach vorne wäre es, wenn die Welthandelsorganisation (WTO) auf die Abkommen und Regeln der Vereinten Nationen verpflichtet würde, d.h. sich die dort geltenden Normen zu eigen machen würde. Eine hochrangige Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen (High Level Panel on International Financial Accountability, Transparency and Integrity for Achieving the 2030 Agenda) hat jüngst Vorschläge vorgelegt, wie zusammen mit den Entwicklungsländern illegale Finanzgeschäfte trockengelegt, mehr Transparenz hergestellt, mehr globale Steuergerechtigkeit erreicht werden können.

te (siehe Wieczorek-Zeul 2021). In beiden Fällen ist die Unterstützung der EU gefragt. Ein Lieferkettengesetz, das in Afrika, Lateinamerika oder Asien investierende Unternehmen dazu bringt, die Kriterien der ILO anzuwenden, wäre ein großer Fortschritt. Auch durch andere Instrumente (wie die Konfliktmineralienverordnung) würde die EU der expansiven Rohstoffpolitik Chinas ein Konzept entgegen, das auch die nachhaltige Entwicklung der Förderländer in den Blick nimmt (Maihold 2021). Das ist kurzfristig schwierig, dürfte sich aber längerfristig auszahlen.

- *Viertens*: Die EU sollte einen Fokus auf eine nachhaltige Ausgestaltung ihrer Beziehung zur Afrikanischen Union und den afrikanischen Staaten legen (neue Afrika-Strategie). Das sollte damit beginnen, das alte Mentor-Schüler-Verhältnis zu überwinden und die Beziehungen auf Augenhöhe zu stellen. Vordringlich erscheint unter den Vorzeichen der Corona-Krise ein Schuldenerlass für die ärmeren Staaten und die Hilfe beim Aufbau guter Sozial- und Gesundheitssysteme. Die Cotonou-Abkommen sind auf den Prüfstand zu stellen, inwieweit sie eine tatsächliche nachhaltige Entwicklung in den Partnerstaaten ermöglichen. Kooperatives Bemühen um die Förderung grüner Wirtschaft und verbrauchergerechter Digitalisierung ist angesagt.
- Die EU sollte *fünftens* ihr inzwischen recht reichhaltiges Repertoire an Instrumenten für eine präventive Krisendiplomatie nutzen und ihre Kapazitäten in die diplomatischen Bemühungen der UN zur friedlichen Konfliktbearbeitung einbringen. Das Zustandekommen des Iran-Nuklearvertrages war ein gutes Beispiel dafür, wie ein solches Kunststück gelingen kann. Als die EU nach dem Ausstieg der USA gefragt war, den Erhalt des Iran-Atomabkommens zu sichern, hat sie indes eine klägliche Figur abgegeben. Jetzt ist sie wieder gefragt und sie sollte diese Gelegenheit nutzen. Auch eine mutige Initiative, um das israelische Besatzungsregime in den Palästinensischen Autonomiegebieten zu beenden und den dort lebenden Menschen endlich die Möglichkeit zu eröffnen, ihre Regierung zu wählen, wäre dringlich. Dabei wird es nicht reichen, das Mantra der Zwei-Staaten-Lösung vor sich her zu tragen und ansonsten nichts zu tun. Mehr Verbindlichkeit schadet nicht. Zugleich wäre es hilfreich, Debatten über neue Friedenslösungen loszutreten, die das Augenmerk darauf lenken, wie allen Menschen der Region demokratische Grundrechte gesichert und Entwicklungsperspektiven eröffnet werden könnten.

Statt ebenso hochfahrender wie vager geopolitischer Ambitionen sollte sich die EU um den gezielten Ausbau des Auswärtigen Dienstes und – darauf gestützt – um aktive Vermittlung in den aktuellen Krisengebieten bemühen. Die sechs derzeitigen militärischen MISSIONEN und die mili-

tärischen Ausbildungs-Missionen sollten daraufhin geprüft werden, ob sie Prozesse zu einer dauerhaft friedlichen und gerechten Gesellschaftsentwicklung in Gang setzen oder ob sie nur zur Stabilisierung korrupter Machteliten beitragen.

Europäische Militärunion – wozu?

Dem Aufbau einer Europäischen Verteidigungs- und Militärunion sollte eine prinzipielle Verständigung über die außenpolitischen Ziele einer solchen Union vorangehen. Die Grundfrage lautet doch: Welchen Sinn soll ein hochgerüstetes Bündnis mit globalen Interventionsfähigkeiten in der heutigen Welt haben? Die USA haben ein riesiges Militärpotenzial aufgebaut, mit dem man nach herkömmlichen Maßstäben die Welt beherrschen könnte, und waren doch nicht in der Lage, ein einziges Entwicklungsland wie Afghanistan oder den Irak zu kontrollieren bzw. zu stabilisieren – obwohl sie sich dabei zusätzlich auf Kontingente von Alliierten und zehntausende Angehörige von Sicherheitsfirmen (»Söldner«) stützen konnten. Und wird die in Brüssel und Berlin gern vorgebrachte These, die Europäer könnten dies besser machen, weil sie einen kohärenteren Ansatz der Konfliktbewältigung verfolgten, nicht gerade in Mali dementiert?

Weitere Fragen stellen sich: Was bedeutet die gewünschte strategische Unabhängigkeit EU-Europas von den USA? Dass die militärischen Kapazitäten der USA inklusive nuklearer Abschreckung nicht kompensiert werden können, versteht sich an dieser Stelle von selbst. Soll es also um territoriale Verteidigung ohne NATO gehen, oder sollen die in der NATO verabredeten Aufrüstungsbemühungen zusätzlich gesteigert werden? Oder geht es doch nur darum, Fähigkeiten für Militärinterventionen in Afrika oder anderswo aufzubauen? Für diese Fälle würde gelten: Eine solche EU-Militärunion macht die Welt nicht sicherer.

In eine andere Richtung gehen Überlegungen, durch Kooperationen und bessere Koordination innerhalb der EU Einsparpotenziale zu erschließen (Müller-Hennig 2021). Darüber sollte in jedem Falle weiter nachgedacht werden. Das würde auch einschließen, die derzeitigen Bemühungen einer europäischen Militär-Union auf einen effektiveren Beitrag zur konventionellen territorialen Verteidigung Europas zu fokussieren. Darüber hinaus kann die Bereitstellung von Fähigkeiten für UN-Peace-Keeping ein Thema sein, wenn zugleich über wirksame Friedensstrategien nachgedacht wird.

Leider spricht Einiges dafür, dass mit den »geopolitischen« EU-Bemühungen nur ein weiterer Baukasten militärischer Fähigkeiten (neben der NATO)

aufgemacht werden soll, der zu mehr globaler Interventionsbereitschaft führen würde. SPD und Grüne sollten daher ihr emphatisches Bekenntnis zur Euro-Armee kritisch hinterfragen und darüber nachdenken, wie man gegen diese Gefahr Sicherungen einbauen kann. Wir brauchen nicht neben 27 nationalen noch eine 28. europäische Armee; allenfalls die Vision, mit ihr die anderen zu ersetzen, lohnte eine Debatte. Im Moment spricht Einiges dafür, dass die Weichen in Richtung Euro-Militärunion gestellt sind.

Daher ist es durchaus ratsam, wenn DIE LINKE hier ihren interventions- und rüstungskritischen Standort ins Spiel bringt. Ein bloßes NEIN wird indes nicht reichen. Es geht darum, eine gründliche Debatte in den Mitgliedsstaaten anzustoßen, welchem Auftrag denn die Euro-Streitkräfte folgen sollen. Auch ist die Forderung, die Militärintegration strikt an die Möglichkeit der Rationalisierung und Reduzierung der Rüstungsausgaben zu koppeln, zwingend. Ob eine solche Integration, die mit einer Verminderung des Rüstungsarsenals einherginge, schließlich eine Chance für neue Verhandlungen über eine gesamteuropäische Abrüstungspolitik bieten könnte, scheint eine kühne Idee zu sein; sie sollte zumindest nicht a priori ausgeschlossen bleiben.

Aktive Abrüstungspolitik – Auslandseinsätze der Bundeswehr überprüfen und möglichst beenden

In naher Zukunft stehen einige zentrale Entscheidungen an, die die deutsche Sicherheitspolitik stark beschäftigen werden. SPD und Grüne tun sich schwer damit, wenn es um die Anschaffung bewaffneter Drohnen oder neuer Trägersysteme für modernisierte Atomsprengköpfe geht (F-18 Flugzeuge der USA, die von der Luftwaffe der Bundeswehr übernommen würden), klare Kante zu zeigen. DIE LINKE tut gut daran, hier ihren Platz an der Seite der Friedensbewegung zu behaupten und sich energisch gegen diese Abrüstungsschritte zu stellen.

Überdies dürfte eine signifikante Absenkung der deutschen Waffenexporte eine *conditio sine qua non* einer neuen Regierungskoalition sein. Keine Rüstungslieferungen an kriegführende Staaten, das Verbot der Ausfuhr von Kleinwaffen, die konsequente Beachtung der Menschenrechtslage in Empfängerländern, die Politischen Grundsätze aus dem Jahre 2000 in ein Gesetz gießen – das alles muss bei Verhandlungen auf dem Tisch liegen.

Der Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan wird am Ende der nächsten Legislaturperiode beendet sein. Für diese Erkenntnis bedarf es keiner hellseherischen Fähigkeiten. Das größte Kontingent der Bundeswehr ist heute in Mali unterwegs. Seit acht Jahren sind inzwischen über 1.000 deutsche Soldat:in-

nen an zwei Missionen dort beteiligt – der UN-»Stabilisierungsmission« MINUSMA und einer Ausbildungsmission der EU (EUTM). Eine nachhaltige Stabilisierung der Sicherheitslage ist bisher nicht gelungen. Die Annahme liegt nicht so fern, dass dies auch damit zu tun hat, dass diese Missionen an den französisch dominierten »Anti-Terror-Krieg« in der Region gekoppelt sind. Dieser militärische Großeinsatz in der gesamten Sahel-Zone wiederum ist kaum vom Zusammenhang mit französischen Kapitalinteressen (Uran, Gold, Diamanten, Kobalt, Öl, Gas) zu trennen. Daher wird eine weitere Beteiligung an diesen Einsätzen in Mali anhand überprüfbarer Kriterien neu zu bewerten sein. Davon ausgehend, dass der bisherige Einsatz ohne Strategie- und Mandatsänderung unter Frankreichs Regie fortgesetzt werden soll, bleibt nur, das Bundeswehrrkontingent zurückzuziehen. Auch die anderen Auslandseinsätze der Bundeswehr sind gründlich zu evaluieren und so schnell als möglich zu beenden.

Was den Bundeshaushalt betrifft, so sollten die Ausgaben für Rüstung, für die humanitäre Hilfe und die Entwicklungszusammenarbeit wieder entkoppelt werden (was in der Praxis längst geschehen ist, allerdings zulasten der EZ-Mittel). Die 1:1-Formel (Rüstung = Entwicklung) der jetzigen Koalition ist nie umgesetzt worden und hat nur eine sicherheitspolitische Umwidmung von Ausgaben der Entwicklungszusammenarbeit begünstigt. Die Etatansätze in diesen Bereichen sollten nach jeweiligen konkreten Erfordernissen festgesetzt werden, wobei Ausgabensteigerungen für eine wirkliche friedenssichernde, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit unbedingt zu priorisieren sind. Die Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung sind weiter auszubauen. Das Ziel, 0,7% des Bundeshaushalts für öffentliche Entwicklungshilfe zu verausgaben, muss obenan stehen.

Das 2%-Ziel der NATO, über dessen tatsächliche Verbindlichkeit man durchaus streiten kann, muss neu beraten und revidiert werden. Zumindest sollte gelten, dass die Bundesregierung deutlich machen sollte, dass sie diesen Maßstab nicht für zielführend hält und sie sich von erweiterten Sicherheitsüberlegungen leiten lässt. Diese schließen die Umverteilung von Ressourcen (Militärausgaben!) in Erfordernisse nachhaltiger Entwicklung ein. Das kann auch bedeuten, dass die mittelfristige Streitkräfteplanung neu evaluiert werden sollte. Wenn man realistisch ist, wird man sagen müssen: Es ist nach dem langen und zähen Hin und Her für die Streitkräfte im letzten Jahrzehnt keine gute Zeit, um über eine weitreichende Reform der Streitkräfte nachzudenken. Und man wird sich anschauen müssen, ob die Klagen aus der Truppe über eine chronische Unterfinanzierung zutreffen. Dabei sollte klar sein, dass eine weitere Steigerung der Militärausgaben für DIE LINKE ein »No Go« ist.

Einer Überlegung sollte an dieser Stelle nachgegangen werden: Könnte der Vorschlag eines Moratoriums auch bei den konventionellen Rüstungsausgaben den Weg zu neuen Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen im OSZE-Rahmen (KSE III) öffnen? Solche Verhandlungen haben SPD- und LINKEN-Politiker:innen in der Vergangenheit gefordert, dabei aber nicht erklärt, wie man dahin kommen will. Ob neue Eckpunkte für ein verändertes Streitkräftedispositiv anstehen, müsste sich aus der Analyse des veränderten Umfeldes (Desillusionierung bei den Auslandseinsätzen, »Bedrohungslage«) aber auch aus politischen Entscheidungen, was man ggf. im Rahmen des UN-Peacekeeping einbringen will, und welche Fähigkeiten »europäisierbar« sind etc., ergeben.

Frischen Wind in die Vereinten Nationen bringen

Die Hoffnung auf eine erneuerte UN, die Anfang der 1990er Jahre populär war, ist verfliegen. Seit über 20 Jahren wird über institutionelle Reformen debattiert; herausgekommen ist dabei nichts. Der Apparat der UNO gleicht zwar einer ständigen Baustelle – Abteilungen werden umgruppiert, abgebaut, aufgebaut, neu besetzt –, aber an den entscheidenden Stellen – dem Sicherheitsrat und der Generalversammlung – bewegt sich nichts. Dabei haben die jüngsten Krisen, die Covid-Pandemie, der Krieg im Jemen oder andere bewaffnete Konflikte nachdrücklich gezeigt, wie wichtig die Vereinten Nationen und eine globale Kooperation der Staaten sind. Die Vereinten Nationen sind allerdings durch die übermächtigen Veto-Staaten in politischen Grundsatzzfragen zunehmend blockiert und auf das Feld der humanitären Hilfe und nachsorgender Blauhelm-Einsätze abgedrängt worden. Ihr Bemühen um diplomatische Konfliktlösungen – im Syrien-Krieg etwa – wurde durch interessengeleitete Staatenbündnisse konterkariert.

Ein neuer Bericht über die Lage und die Reformnotwendigkeiten soll noch in diesem Jahr vorgelegt werden, das Amt des Generalsekretärs ist neu zu besetzen. Eins scheint offenkundig: So kann es nicht weitergehen. Die Vereinten Nationen brauchen frischen Wind, neue Ideen und tatkräftige Initiativen.

- Die Reform des UN-Sicherheitsrats bleibt auf der Agenda. Vor allem die Anstrengungen der afrikanischen Länder, über deren Belange dort am meisten verhandelt wird, endlich mit eigener Stimme vertreten zu sein, sind zu unterstützen.
- Da hier kurzfristige Erfolge kaum zu erwarten sind, sollte sich Deutschland stärker darauf konzentrieren, die Rolle der Generalversammlung zu stärken. In diese müssen endlich die wichtigen Debatten über die Fragen

nachhaltiger Entwicklung und der internationalen Konfliktbearbeitung getragen werden.

- Die Zivilgesellschaft ist in Gestalt der Nicht-Regierungsorganisationen inzwischen in den UN-Institutionen recht gut präsent. Zu sagen haben die NGOs aber nichts. Wenn es in den Verhandlungen ernst wird, bleiben sie vor der Tür. Das sollte sich ändern. Mehr Mitspracherecht für die Vertreter:innen der Zivilgesellschaft wird ein Schlüssel sein, um die UN wieder mehr ins Zentrum des Geschehens zu rücken.
- Neue Überlegungen sind anzustellen, wie die Mitgliedsstaaten für ihre Taten in den Schlüsselbereichen Frieden, nachhaltige Entwicklung, Menschenrechte stärker verantwortlich gemacht werden können. Wohlfeile Deklarationen braucht die Welt nicht mehr.
- Die Sensibilität in der Problematik des Klimawandels hat – auch dank Greta Thunberg – zugenommen. Erstmals hat sich der Sicherheitsrat mit dem Thema »Klima und Konflikt«, das nahezu alle Staaten angeht, befasst. Hier gilt es nachzusetzen. UN-Sicherheitsrat und die Generalversammlung sollten diese Debatten voranbringen und konkrete Maßnahmen beschließen.
- Die Verständigung über die nachhaltigen Entwicklungsziele (»Sustainable Development Goals« – SDGs) 2015 war ein elementar wichtiges Ereignis. Nur klafft zwischen Worten und Taten der Regierenden immer noch eine große Lücke. Gerade deshalb bleibt es dabei: Die Sustainable Development Goals bilden den adäquaten Handlungsrahmen für die Staaten- und Gesellschaftswelt, um das globale Überleben zu sichern. Für die Bundesregierung sollte es daher allerhöchste Priorität haben, dass dieser Ziel-Kanon im eigenen Land in konkrete Aktionspläne gefasst und dann auch durchgesetzt wird. Darauf gestützt, sollten andere Länder bei der Realisierung der SDGs gefördert werden.

Die UN zur ersten Adresse für Frieden und internationale Sicherheit machen

Neben dem Engagement für nachhaltige Entwicklung bleibt es vorrangige Aufgabe internationaler Politik, dazu beizutragen, dass die Konflikte in der Welt friedlich ausgetragen werden. Der überwiegende Teil der Kriege und der bewaffneten Konflikte wird heute innerstaatlich bzw. innergesellschaftlich ausgetragen. Diese Kollisionen sind auch durch äußerliche Umstände und das Einwirken äußerer Kräfte induziert. Akteure der »westlichen Staatenwelt« sind durch Rohstoffausbeutung, unfaire Handelspraktiken und die

Stützung korrupter Regime mitverantwortlich für die zahlreichen Gewaltkonflikte, die wir heute erleben. An dieser Ursache gilt es vornehmlich anzusetzen, statt der Hybris zu folgen, diesen Konflikten durch (militärische) »Machtprojektion« beikommen zu wollen.

Für eine neue Bundesregierung sollte a priori klar sein, dass das Völkerrecht oberste Leitschnur ihrer internationalen Politik ist. Das bedeutet auch, dass auf der Mandatierung von Streitkräfteeinsätzen durch den UN-Sicherheitsrat zu insistieren ist. Darüber hinaus gilt, dass man sich bei solch schwierigen Entscheidungen die Recht- und die Verhältnismäßigkeit sowie die möglichen Risiken und Folgen genau anschauen muss. So hat sich die Nichtbeteiligung Deutschlands an den Kriegseinsätzen im Irak oder in Libyen als völlig richtig herausgestellt. Daher darf es kein Hineinschliddern in nicht legitime und fragwürdige Interventionen – auch nicht aus bündnispolitischen Beweggründen – mehr geben.

Zum Gewaltmonopol der UNO gehören auch Missionen, in denen der Einsatz von Gewalt (Friedenszwingung) durch den Sicherheitsrat nach Kapitel VII der UN-Charta legitimiert ist. Vielleicht ist es dabei hilfreich, nicht nur auf Einsätze zurückzublicken, die von der UNO auf den Weg gebracht wurden – mit zu hinterfragenden Gründen und noch fragwürdigeren Ergebnissen. Es geht auch um Einsätze, die nicht stattfanden – zur Verhinderung eines Völkermordes wie 1994 in Ruanda oder 2014 im Irak etwa. Völkermord ist durch das Völkerrecht geächtet; der UNO obliegt es, diese Humanitätsverpflichtung durchzusetzen. In beiden Fällen wäre dies unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel möglich gewesen. Das gilt auch für künftige Extremfälle.

Die Möglichkeiten der Einwirkung externer Akteure auf innere Gewaltkonflikte sind eher begrenzt und nur mit Bedacht anzuwenden. Internationale Streitschlichtung (IGH), der Internationale Strafgerichtshof, Waffenembargos, die politische Isolation der Staaten, in denen schwere Menschenrechtsverletzungen stattfinden und gezielte Sanktionen (»smart sanctions«) stehen als mögliche Instrumente zur Verfügung. Es erscheint in vielen Fällen zugleich wesentlich sinnvoller, mit positiven Anreizen und Angeboten zur Kooperation statt mit Strafaktionen zu arbeiten.

Die Blauhelm-Missionen bilden inzwischen einen Schwerpunkt der UN-Arbeit. Zwar hat es auf diesem Feld auch jede Menge Umbauarbeiten gegeben, neue Modi Operandi wurden im Laufe der Zeit erarbeitet; die politische Generaldebatte über Sinn, Zweck und Anlage von Peace-Keeping-Missions, die auf einer Auswertung der bisherigen Erfahrungen aufbaut, steht noch aus. Deutschland und die EU können hier initiativ werden.

Oberste Leitlinie für das Einwirken in andere Gesellschaften sollte immer sein, die demokratischen Kräfte in der Zivilgesellschaft zu stützen und zu för-

dern. Nur »von innen« können letztlich autoritäre Machtverhältnisse beseitigt und rechtstaatlich-demokratische Strukturen etabliert werden. Dafür braucht es viel Geduld und langen Atem. Eine progressive Regierung darf keinen Zweifel daran lassen, dass sie auf der Seite derer steht, die für ihre legitimen staatsbürgerlichen und freiheitlichen Rechte eintreten. Dies gilt für Belarus wie für Myanmar. Richtig ist ohne Zweifel, dass Menschenrechte immer wieder dazu missbraucht wurden, um andere Interessen durchzusetzen. Sie waren Vorwand für eigentlich imperial ausgerichtete Militärinterventionen. Aber es ergibt keinen Sinn, das Kind mit dem Bade ausschütten zu wollen. Die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Menschenrechte sind die Basis auch für progressives Regierungshandeln.

Nachbemerkung: Rot-rot-grüne Gemeinsamkeiten

Wer die inzwischen vorliegenden Grundsatz- bzw. Wahlprogramme der drei Parteien studiert, wird unschwer zu dem Ergebnis kommen, dass es auch oder gerade in der Außen- und Friedenspolitik einen beträchtlichen Vorrat an Gemeinsamkeiten gibt. Die gravierenden Differenzen sind bekannt – Auslandseinsätze der Bundeswehr, EU-Militärunion, Verhältnis zur NATO, internationale Schutzverantwortung. Ob diese Themen Stolpersteine für eine gemeinsame Regierungsbildung sein werden, müsste in Gesprächen herausgefunden werden. Ansonsten ist festzustellen, dass sich aus den Programmen gemeinsame Grundlinien und konkrete Regierungsvorhaben herausdestillieren lassen, die dieser Regierungskonstellation ein eigenes Profil verschaffen würden.

Diese Regierung wird auf Multilateralismus, die Stärkung der Vereinten Nationen, die Reaktivierung der OSZE und auf ein partnerschaftliches Verhältnis zu den europäischen Nachbarn setzen. Das Engagement für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung und für nachhaltige Entwicklung global wird ganz oben auf der Tagesordnung stehen. Die Regulation der internationalen Finanzmärkte ist eine Voraussetzung dafür.

Eine solche Regierung wird konsequente Friedens- und Abrüstungspolitik zur verbindlichen Leitlinie machen und versuchen, dies auch im Rahmen der EU (»selbstbewusste Friedensmacht«) umzusetzen. Dazu gehört,

- Spannungen im Verhältnis zur Russischen Föderation und zu China abzubauen bzw. zu vermeiden und Ideen für eine friedliche Koexistenz und mehr Zusammenarbeit zu entwickeln,
- neue multilaterale Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen anzuregen und nachdrücklich zu verfolgen,
- eine deutlich restriktivere Rüstungsexportpolitik zu praktizieren.

Es wird eine Schlüsselfrage sein, ob es dieser Regierung gelingt, eine Trendwende in der Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand einzuleiten. Die quantitative und qualitative Aufrüstung muss gestoppt werden; der Vorrang für zivile Konfliktbearbeitung, die ökologische Transformation und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit muss auch anhand der Haushaltszahlen ablesbar sein. Der hier vorliegende Text sollte vor allem verdeutlichen, dass die Bundestagswahl 2021 zu einer solchen Richtungsentscheidung gemacht werden muss. Es gilt keine Zeit mehr zu verlieren.

Literatur

- Miguel Berger (2020): Europäische Souveränität – Selbstbehauptung in unruhigen Zeiten, in: Barbara Lippert/Günther Maihold (Hrsg.) Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt, SWP-Studie 18, 2020
- Michael Brzoska/Götz Neuneck/Jürgen Scheffran (2021): Corona-Pandemie: Implikationen für die Sicherheitspolitik, Policy Brief 02/21, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik Hamburg (IFSH)
- Noam Chomsky (2021): Rebellion oder Untergang, Frankfurt a.M.
- Alexander Cooley/Daniel Nexon (2020): Exit from Hegemony. The Unraveling of the American Global Order, New York.
- Deep-Cuts-Commission (2020/2021), Policy Papers unter <http://deepcuts.org>
- Thomas de Maiziere/A. Wess Mitchell (2020): NATO 2030: United for a New Era, November 2020, unter: www.nato.int.
- Klaus Dörre (2020): Die Corona-Pandemie – eine Katastrophe mit Sprengkraft, in: Berliner Journal für Soziologie, Vol 30, issue 2, June, S. 165-190
- Arnaud Dubien (2021): Kampfgenossen und Businesspartner. Eine kurze Geschichte der russisch-afrikanischen Freundschaft, in: Le Monde Diplomatique, Januar, S. 14/15
- Reinhold Gütter (2020): Fluchtursachen. Fremd- und Selbstbestimmung Afrikas seit 1960, Hamburg
- Eric Hobsbawm (2000): Das Gesicht des 21. Jahrhunderts, München/Wien
- Eric Hobsbawm (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien
- Parag Khanna (2019): Unsere asiatische Zukunft, Berlin
- Michael T. Klare (2021): By embracing America's strategic vision, NATO expose Europe to increased nuclear risk. Peace research perspectives on NATO 2030. A response to the official NATO Reflection Group. p. 25-29. Unter: www.natowatch.org, Februar
- Steffen Lehndorff (2020): New Deal heißt Mut zum Konflikt: Was wir von Roosevelts Reformpolitik der 1930 Jahre heute lernen können, Hamburg
- Markus Linden (2021): Revolutionärer Konservatismus. Der rechte Angriff auf Freiheit und Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 62-72

- Henrik Mailhack/Thomas Mättig (2021): Auf dem Rücken der Slums: Afrikas smarte Luxusstädte, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 87-94
- Günther Maihold (2021): Gefährliche Ware, in: ipg-journal, 20.2.
- Ulrich Menzel (2015): Die Ordnung der Welt, Berlin
- Dirk Messner (2015): Die Ordnung der Welt, Berlin.
- Wolfgang Müller (2021): Die Rätsel Chinas – Wiederaufstieg einer Weltmacht. Digitale Diktatur, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft?, Hamburg
- Marius Müller-Hennig (2021): Zwischen Intervention und Verteidigung, in: Wissenschaft und Frieden, Heft 1, S. 6-9
- Rolf Mützenich (2020): Die Mär vom »deutschen Drückeberger«: Ein Einwurf wider die »Bellizisten« in Publizistik, Politik und Wissenschaft, in: Barbara Lippert/Günter Maihold (Hrsg.): Krisenlandschaften und die Ordnung der Welt, SWP-Studie, Berlin, September, S. 47-50
- Rolf Mützenich (2021): Friedens- und Sicherheitspolitik – ohne Schablonen und Denkvorbote, Blog der Republik vom 1.3., www.blog-der-republik.de
- NATO Watch (2021): Peace research perspectives on NATO 2030. A response to the official NATO Reflection Group. Unter: www.natowatch.org, Februar
- Rainer Rilling (2008): Risse im Empire. Texte der Rosa Luxemburg-Stiftung, Bd. 50, Berlin
- Hermann Simon (2019): Die Macht der Mächte, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.6.
- Timothy Snyder (2021): Nach dem Putsch ist vor dem Putsch, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2, S. 59-69
- SPD-Fraktion im Bundestag (2020): Souverän, regelbasiert und transparent. Eine sozialdemokratische China-Politik. 30.6.
- Jochen Steinhilber (2020): Brust raus, in: ipg-journal, 1.4.
- Tom Stevenson (2021): Proxy Wars, in: Le Monde Diplomatique, Januar, S.1, 6-7
- Johann Varwick (2020): Souveränität, Weltordnung und Corona, in: Politikum, Heft 4, S. 4-11
- Heidemarie Wieczorek-Zeul (2021): Schluss mit Steuertricks! Wie wir global dagegen angehen können, in: Frankfurter Rundschau vom 18.3., S. 14
- Herbert Wulf (2021): Vergesst Trump, in: ipg-journal, 22.2.

»Dass wir es in der internationalen Politik heute mit rapidem Wandel und großen Umbrüchen zu tun haben, ist unschwer zu erkennen. Die Veränderungen ereignen sich in einem historisch gesehen atemberaubenden Tempo.

Um nur einige Stichworte zu nennen: Der relative Abstieg der Führungsmacht USA, der Aufstieg Chinas, der entstehende Wettlauf um die Hegemonie in der Weltpolitik, die EU in einer ständigen Zerreißprobe (Brexit), Fragmentierungstendenzen in der NATO (Türkei), die Aufkündigung fast sämtlicher Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen, der Aufstieg einer extremen Rechten bis in die Führungsetagen von Großmächten, die verheerenden Wirkungen der Corona-Pandemie besonders auf die Entwicklungsländer, der Stillstand bei der Welthandelsorganisation WTO und last but not least die weiter drohende Klimakatastrophe.

Die rasanten Veränderungen werden in der Öffentlichkeit nicht zuletzt als ›Kontrollverlust‹ wahrgenommen. In der Tat ist die Politik gefordert, nach neuen Antworten und Problemlösungen zu suchen. Das gilt besonders für die Linke, die eher den Eindruck vermittelt, hinter den Ereignissen herzuhinken.«